

# Volksmacht

Die Spezialrate beträgt 25 Pf. für ein Vierteljahr, 50 Pf. für ein halbes Jahr, 100 Pf. für ein Jahr. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Postmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend. Abonnementpreis monatlich 95 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Frachtkosten. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telephon für Redaktion und Expedition 3200.

Ar. 40 Danzig, Sonnabend den 6. Oktober 1917 8. Jahrgang

# Hoffnung auf Verhandlungen

## Das Echo der Kanzlerrede

Es gibt jetzt nur noch die eine große, bange Frage, die viele Millionen Menschen in allen Ländern erfüllt, nämlich: ob der vierte Kriegswinter mit allen Leiden und Entbehrungen überlebt werden kann oder nicht. Deshalb hätte der deutsche Kanzler seine Aufgabe darin erblicken müssen, noch schärfer herauszuheben, daß die Schuld an einem weiteren Winterfeldzuge nicht in Deutschlands Verhalten zu suchen ist und er hätte seine Zukunftspläne offen machen müssen.

Aber den Kernpunkt der Erklärungen des Reichskanzlers bilden die Ablehnung jeder weiteren öffentlichen Erklärung über Deutschlands Kriegsziele. Jede derartige einseitige öffentliche Festlegung würde nach seiner Meinung Deutschland nur schädigen; die Feinde würden sie als Zeichen wachsender Schwäche auslegen und vor allem als vollkommen selbstverständlich und wertlos buchen, um sofort neue und weitergehende Forderungen zu erheben. Eine solche öffentliche Festlegung ohne alle Gegenleistungen würde jeder diplomatischen Technik so vollkommen widersprechen, daß selbst ruhigere Beurteiler darin ein Zeichen für Deutschlands Verlegenheit erblicken müßten und würde deshalb lediglich kriegsverlängernd wirken.

Wer jedoch nicht blind und taub ist, der weiß, daß in einem sorgsam vorbereiteten Kongrat beschlossen worden ist, zur Räumung Belgiens gegen entsprechende Entschädigungen insbesondere auf kolonialen Gebiet bereit zu erklären. In der Sache sind sich darüber offenbar auch die Entente-Regierungen klar. Warum also erleichtert man ihnen das Geschäft der Ausbeutung ihrer Völker durch Zurückhaltung und Zweideutigkeit? Die Aufnahme der deutschen Reden in der feindlichen und neutralen Presse zeigt zur Genüge, daß ihnen eine friedensfördernde Kraft nicht innewohnt. In England sagt man, daß Michaelis die geöffnete Friedensstür wieder geschlossen habe und auch die holländischen Blätter antizipieren überwiegend, die Reden haben enttäuscht, weil sie nichts Bestimmtes brachten. Einige gehen soweit, zu sagen, der Freitag war für die Friedensfreunde ein schwarzer Tag. Wie aber erklärt sich nach der mehrfach betonten Friedensbereitschaft und nach ihrem zweifellosen Verzicht auf Belgien

das Verhalten der Regierung? Sie scheint ziemlich bestimmt zu hoffen, es werde noch vor dem Winterfeldzug zu Verhandlungen kommen. Sie will diese Verhandlungen auch und hält die von ihr eingeschlagene Taktik für die richtige, um zu ihnen zu gelangen. Sie hält wohl Russlands inneren Zerfall für so erheblich, daß von dort keine Gefahr mehr droht. Sie rechnet mit den schnell wachsenden Schwierigkeiten der Rohstoffverlorgung und Lebensmittelverlorgung in Italien und Frankreich und mit ihren politischen Wirkungen auf die inneren Zustände dieser Länder. Und sie folgt jenen englischen Rechnern, die Amerikas Hilfe noch 7 bis 8 Monate in der Ferne sehen und diese 7 bis 8 Monate Unterseeboote mit äußerster Bedenklichkeit betrachten. Und aus alledem zieht sie den

Schluß: man wird verhandeln und unsere Unterhändler sollen nicht durch öffentliche Verzichte in eine ungünstige Lage kommen.

Mit Recht meint der „Vorwärts“, die Herren Michaelis und Kühmann mögen sich versehen, daß sie keine falsche Rechnung aufmachen. Auch die Gegner haben einmal in ähnlichen Berechnungen geschweigt und sind bitter enttäuscht worden. Als sie das Friedensangebot des 12. Dezember 1916 ablehnten, rechneten sie auch, daß das Frühjahr 1917 ihnen den militärischen Sieg und Deutschland den wirtschaftlichen Zusammenbruch bringen würde — sie verreckten sich. Ihre militärische Lage ist heute kein Haar anders als vor einem Jahre. Hüten wir uns vor gleichen Erfahrungen! Halten wir nicht mit Zugeständnissen zurück in der Erwartung, daß die anderen kommen müssen! Gehen wir auf halbem Wege entgegen und sagen wir offen, was wir geben wollen und was wir nicht geben können, dann fördern wir die Friedensbereitschaft der anderen Völker und haben die meiste Aussicht, uns und der Welt das Grauen des vierten Kriegswinters zu ersparen.

Es ist kein Geheimnis, daß die urliche Regierung zuversichtlich an einen nahen Frieden glaubt. Mißtrauische Leute können meinen, diese Zuversicht sei bloß zur Schau getragen, um die friedensstehnsüchtigen Massen zu trösten und zu beruhigen. Richtig wird es ja auch bei Germanischen gemacht, wo die Offiziere die ermatteten Mannschaften ermutigen mit dem Trost, nun dauere es nur noch eine kurze Weile, und dann sei man am Ziel. Diesmal aber handelt es sich nicht nur um einen billigen Trost, sondern die Führer selbst glauben fest und bestimmt an das, was sie sagen. Der Friedensoptimismus der Regierung ist nicht nur zur Schau getragen, sondern er ist tief und echt.

Wir können uns in der gegenwärtigen trüben Zeit keinen besseren Führer unserer auswärtigen Politik denken als einen Optimisten. Nur eines darf er nicht: Er darf nicht enttäuschen! Wenn die Entwicklung zum Frieden nicht bald sichtbare Fortschritte macht, dann wird die gegenwärtige Regierung in ein Kreuzfeuer von Angriffen geraten, und das allgemeine Urteil über ihre anstehende trübselige Reichsgeschicklichkeit dürfte für sie vernichtend sein. Einstweilen wollen wir hoffen, daß sie ihre Zuversicht nicht täuscht. B. B.

## An Danzigs Bürgerschaft!

Hindenburgs Geburtstag, ein Tag feierlichen Dankes an den großen Heerführer, der uns Deutsche im Osten des Reiches von schwerer Feindesnot errettet hat!

Sein genialer Feldherrnblick, seine Alles beherrschende Ruhe, sein unermüdbar zäher Wille geleiten unser Volk in Waffen auf sicherer Bahn zum ruhmreichen Sieg.

Alle Deutsche werden heute unseres Hindenburg voll Dankbarkeit und Vertrauen gedenken. Hindenburg ist des deutschen Volkes verkörperter treuer, unerschütterlicher Wille zum Sieg.

Mit den Worten:

„Der Kriegsanleihe zeichnet, macht mir die schönste Geburtstagsgabe“

spricht Hindenburg aus, was unjer aller Herzen bewegt: Kriegsanleihezeichnung ist Hindenburg-Ehre! Schreitet mir dies in unser Herz! Eifern wir ihm nach in Kampfeswillen, wir Daheimgebliebenen in dem Willen, durch den Kampf der Kriegsanleihe zum Sieg zu gelangen.

Jedes Deutschen höchste Pflicht, ist Kriegsanleihe zu zeichnen unter Anspannung seiner ganzen wirtschaftlichen Kraft!

Danzig, den 2. Oktober 1917.

Der Danziger Bürgerausschuß für die deutschen Kriegsanleihen.

Scholtz, Oberbürgermeister. 252

# Opfer der Welt

Nun beginnt auch Englands Presse, die den Krieg oft als eine Angelegenheit der Festlandsmächte ansah und auf keine ungewöhnlichen Opfer des eigenen Landes rechnete, die Verluste der Welt in diesem Kriege nachdenklich zu betrachten. Der „Manchester Guardian“, der sich in die allgemeinen Kriegsverluste vertieft, schätzt die Zahl der Toten auf ungefähr 750 000 Mann. Er bemerkt: „Fügt man hierzu den unmittelbar durch den Krieg hervorgerufenen Geburtenrückgang, so kam man den Verlust an Menschenleben infolge des Krieges auf 14 250 000 Seelen schätzen. Die Zahl der Vermissten stellt sich wohl auf das 2½fache der Gefallenen, also etwa 28½ Millionen. Alle diese Menschen haben unendliche Schmerzen erduldet und nicht weniger als die Hälfte ist für militärischen Dienst, eine große Zahl sogar für bürgerliche Arbeit dauernd ungeeignet.“

Nach einer sehr mäßigen Schätzung beträgt die Zahl der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern 4 Millionen Mann. Hierzu kommen noch 250 000 Zivilgefangene. Das sind also 4½ Millionen Menschen, die für längere oder kürzere Zeit infolge des Krieges in fremden Händen in Gefangenschaft gefangen gehalten haben. Aber man muß natürlich bei jeder Berechnung des menschlichen Leidens nicht nur die Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen in Betracht ziehen, sondern auch diejenigen, die dem bürgerlichen Leben entzogen sind und das schwere, aufreibende und gefährliche Soldatenleben führen müssen.“

Die Zahl aller Einberufenen schätzt das Blatt auf 9 700 000 Mann, wobei Annahmen nicht eingerechnet ist, ebenso nicht Amerika. Der Krieg hat also mindestens 49½ Millionen Männer aus ihrem gewohnten bürgerlichen Dasein geschleudert und ihr ganzes Leben erschüttert. Zu diesen Zahlen hinzuzurechnen muß man die große Masse der Männer, Frauen und Kinder zu Hause, die außergewöhnlich arbeiten müssen, um die Fronten im Felde zu erhalten, was in allen Kriegsländern

Ländern zu großer Unruhe in den Industrien, zu viel Elend und Zerstörung von Familienleben führte.

Bei diesen Schätzungen sind auch nicht in Rechnung gezogen die durch Seuchen verursachten Verluste. Die normalen Kriegsepidemien waren während des Krieges weniger heftig. Dafür ist aber eine andere Geißel um so schärfer aufgetreten: die venerischen Krankheiten. Und von diesen kann man mit Recht sagen, daß die Sünden der Väter an den Kindern heimge sucht werden. Die Wirkung dieser Geißel wird nicht nur durch eins, sondern viele Geschlechter fühlbar sein. . . .

Bei der Berechnung des tatsächlichen Verlustes während der drei Kriegsjahre müssen wir nach dem „Manchester Guardian“ drei Elemente berücksichtigen: 1. die direkten Kriegsausgaben der Regierungen, Gemeindepverwaltungen und Privaten. 2. Den Verbrauch an Maschinen und Material und 3. die Vernichtung von Besitzungen durch militärische und maritime Operationen. Dabei einbegriffen der Schaden, der in den vom Kriege heimgesuchten Gebieten und durch die Schiffsniederwerfungen verursacht wurde. Ueber die erste Art der Ausgaben besorgen wir bestimmte Angaben, bezüglich der Punkte 2 und 3 können wir nur schätzen und vermischen.

Bis zum März des Jahres hatte die englische Regierung 5 570 000 000 Pfund Sterling (immer zu 20 Mk.) ausgegeben. Ziehen wir hiervon 600 Millionen Pfund ab für friedliche Zwecke, so ergibt sich, daß die direkten Kriegsausgaben Englands ungefähr 5 000 000 000 Pfund betragen. Rechnen wir hinzu die Ausgaben der indischen Regierung, der Dominions und der anderen Kolonien, die besonderen Ausgaben der Gemeinden und Privaten, so kommen wir zu einer Summe von mindestens 5½ Milliarden Pfund oder ungefähr einem Drittel des Gesamtbeitrages der englischen Inseln. Frankreich hat bis zum gleichen Zeitpunkt mehr als 3 Milliarden Pfund ausgegeben; das Deutsche Reich mehr als 4 Milliarden Pfund und rechnet man die Ausgaben der Bundesstaaten, Gemeinden und

die Private Wohltätigkeit hinzu, so ist man wahrscheinlich von 5 Milliarden Pfund Sterling nicht weit entfernt. Die Ausgaben Oesterreich-Ungarns haben sicher nicht weniger als 2½ Milliarden Pfund, die Russlands 3½ Milliarden und die Italiens 1 Milliarde Pfund betragen. Die Gesamtsumme der anderen kriegführenden Mächte beträgt ungefähr 1 Milliarde Pfund. Das ergibt zusammen 21 500 000 000 Pfund Sterling oder 403 Milliarden Mark. Der gesamte Reichtum aller kriegführenden zusammen wird auf 100 Milliarden Pfund geschätzt, von dem die Regierungen bereits den fünften Teil „verpulvert“ haben.

Fügt man hierzu die eigentliche Vernichtung an Eigentum: Da sind vor allem öffentliche Werke, wie Eisenbahnen und Straßen vernichtet. Das Eisenbahnnetz Russlands befindet sich beispielsweise in einem Zustand des Verfalls, das wohl einem Schaden von 200 000 000 Pfund gleichkommt. Dann die Vermühtungen ausgestreckter Gebiete. Wenn wir die Schäden in Belgien, Frankreich, Rußland und Serbien mit 1 000 000 000 Pfund Sterling veranschlagen, ist das sicher nicht zu hoch gegriffen.“

Den Verlust an Schiffen durch Versenkung, Stilllegung usw. schätzt der „Manchester Guardian“ auf 9½ Millionen Tonnen, ohne den Wert der selben, der Wert der Ladung und den Verlust an Versicherungsprämien einzurechnen, was alles in allem gleichfalls eine ungeheure Summe ausmachen dürfte. Das Blatt kommt zum Schluß zu nachfolgender Aufstellung:

Zahl der im Militärdienst Stehenden	49 500 000
Tote	9 750 000
Totalverlust der Bevölkerung	14 250 000
Verwundete	23 500 000
Dauernde Invaliden	12 000 000
Gefangene	4 250 000
Direkte Kriegsausgaben	21 500 000 000
Vernichtung und Verschleß	1 200 000 000
Verfügte Lonnage	9 500 000
Verfügte Lonnage	3 500 000







meiner von Korts, Dr. Butte, zweiter Bürgermeister von Bunzlau, und Stadtrat Feige, Landshut, Schlesien. Diese drei Herren sollen sich bei nächster Stadtverordnetenversammlung vorstellen. Sodann kam die Vorlage betreffend Kriegsteuerzulagen für Beamte und Arbeiter zur Verhandlung.

Die Stadtverordneten haben im April dieses Jahres beschlossen, den städtischen Beamten und Angestellten die Kriegsbefreiungen in derselben Höhe wie den Staatsbeamten zu bewilligen. Nach einer neueren Verfügung des Finanzministers sollen nun den städtischen Beamten noch Kriegsteuerzulagen bewilligt werden. Der Staat macht einen Unterschied zwischen Kriegsbefreiungen und Kriegsteuerzulagen. Die ersten werden zur Befreiung der erhöhten Lebensmittelpreise bis zu einer Gehaltsgrenze von 7800 Mark gewährt und stufen sich nach den Gehaltsstufen und der Kinderzahl ab, so daß die Beamten, die das niedrigste Gehalt haben, die höchsten Kriegsbefreiungen erhalten. Die Kriegsteuerzulagen sollen einen Beitrag zur Wohnungsmiete, zur Beleuchtung, Heizung, Kleidung usw. darstellen und werden nach der Lebenshaltung in den einzelnen Beamtenklassen bis zur Gehaltsgrenze von 13 000 Mark abgestuft. Beispielsweise erhalten die Beamten in der Gehaltsklasse bis 2800 Mark, wenn sie verheiratet und kinderlos sind, 180 Mark Kriegsbefreiung und 360 Mark Kriegsteuerzulage, bei drei Kindern 648 und 468 Mark, bei sechs Kindern 1224 und 676 Mark, für jedes weitere Kind eine weitere Beihilfe. Die Beamten in der Gehaltsklasse von 2800 bis 2800 Mark, verheiratet und kinderlos, 144 und 540, bei vier Kindern 744 und 756 Mark, bei sechs Kindern 1680 Mark und 320 Mark. Die Beamten mit einem Gehalt von 4800 bis 7800 Mark erhalten 728 Mark Kriegsteuerzulage, bei drei Kindern 996 und 936 Mark, bei fünf Kindern 720 und 1080 Mark. Derselben Höhe gelten auch für die Lehrkräfte, soweit sie nicht die Zulagen vom Staate erhalten. Die gesamten Mehrkosten belaufen sich jährlich auf 120 000 Mark. Eingeschlossen ist in dieser Summe auch eine erhöhte Steuerzulage für die städtischen Arbeiter, die fortan statt täglich 75 Pfg. 1 Mark betragen soll.

Genosse Finsel erkannte die traurige Lage der Beamten, insbesondere der kleinen Beamten, an und trat für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage im Namen der sozialdemokratischen Stadtverordneten ein. Bedauerlich sei nur, daß den Arbeitern nur eine Steuerzulage von 25 Pf. pro Tag gewährt werden soll. Er beantragte eine Zulage von 50 Pf. pro Tag. Oberbürgermeister Merten widersprach dem und meinte, es müsse doch ein Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern bleiben. Er verwies darauf, daß im Frühjahr d. Js. die Löhne der Arbeiter von 30 auf 40 Pf. die Stunde erhöht wurden. (Die Elbinger städtischen Arbeiter müssen also nach dieser Rede vor dem Krieg und während seiner zweijährigen Dauer wirklich fürsichliche Löhne bezogen haben. Ist etwa darauf der ständige Wechsel der Arbeiter in den städtischen Betrieben zurückzuführen? R. B.) Die Genossen Finsel und Handke bekämpften den vom Oberbürgermeister Merten vertretenen Standpunkt. Genosse

Handke wies auf Meißel, Berlin, Hamburg u. a. Städte hin. Den dortigen Arbeitern sind bereits höhere Löhne bewilligt als den Elbinger Arbeitern. Der Antrag des Magistrats wurde angenommen. Der Antrag unserer Fraktion wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Wenn die „Elbinger Zeitung“ berichtet, die Arbeitervertreter hätten gegen die Vorlage gestimmt, so entspricht dieses nicht den Tatsachen. Genosse Finsel stimmte dafür, die übrigen Genossen enthielten sich der Abstimmung, weil sie der Ansicht waren, daß erst über den weitergehenden Antrag Finsel abgestimmt werden mußte, und dann über den des Magistrats. Der Seltsamkeit der „Elbinger Zeitung“ auf die Arbeitervertreter sieht nicht und wäre besser unterblieben. Die Elbinger Arbeitervertreter wird aber daraus die richtige Lehre ziehen und an Stelle der „Elbinger Zeitung“ die „Volkswacht“ abonnieren, die ihre Interessen besser vertritt. Weiter wurden als Weihnachtsspende für die Truppen 6000 Mk. bewilligt, hierbei bemerkte Genosse Finsel, daß die in Gefangenschaft geratenen Elbinger Soldaten auch an dieser Spende beteiligt werden müßten. Dem wurde zugestimmt.

Zur Beschaffung von Lebensmitteln wurden seinerzeit dem Ernährungsamt 500 000 Mk. bewilligt, der Magistratsantrag, nunmehr für das Brenn- und Leuchtstoffamt 100 000 Mark zur Verfügung zu stellen, wurde gutgeheißen. Herr Finsel sprach den Wunsch aus, daß das Amt nun auch für das nötige Brennmaterial sorgen möge.

Nachdem noch eine Reihe kleinere Vorlagen ihre Erledigung gefunden hatten, entspann sich eine lebhaft Debatte über:

**Die Kartoffel-Versorgung im kommenden Winter**  
 Darüber äußerte sich aus Anlaß zweier Fragen aus der Stadtverordnetenversammlung heraus Herr Bürgermeister Jaenicke. Herr Mielke wünschte zu wissen, ob an dem in der Stadt verbreiteten Gerücht etwas Wahres sei, wonach die Gutverwaltung Spittelhof der Stadt mehrere tausend Zentner Kartoffeln zum Preise von 5,50 Mark den Zentner angeboten, die Stadt das Angebot aber abgelehnt habe. Herr Bürgermeister Jaenicke kannte die Frage mit einem glatten Nein beantworten. Selbstverständlich würde die Stadt mit tausend Händen zugegriffen haben, aber Spittelhof habe leider nicht daran gedacht, der Stadt ein solch vorteilhaftes Angebot zu machen. Auch die zweite Frage, die Herr Finsel an den Magistrat stellte, mußte Herr Bürgermeister Jaenicke verneinen. Es handelte sich hier um das Gerücht, daß die von der Stadt ausgegebenen Kartoffelbezugscheine lediglich den städtischen Beamten zugute gekommen wären. Heute früh seien Beschwerden beim Magistrat eingelaufen, daß wieder ledigliche Arbeiter Bezugscheine erhalten hätten. Das eine wie das andere Gerücht sei aber und unzutreffend. Das Ernährungsamt sei nach Bezugscheinen so überlaufen worden, daß selbstverständlich irgendeine Bevorzugung, die Redner niemals dulden würde, gar nicht möglich gewesen sei. Die Stadt habe zudem 3 Zt. keine 100 Beamte insgesamt, die Abwehrheit des Gerüchts sei also

offenbar. Das Ernährungsamt hat inzwischen aus den Elbinger Bezugscheine festgestellt, daß insgesamt nur dreizehn städtische Beamte 1/2 Bezugscheine von je fünf bis knapp 100 Zentner Kartoffeln haben bei einer Gesamtmenge von 7000 ausgegebenen Zentnern. Redner glaubte sogar das Gegenteil behaupten zu können, denn sofort nach Bekanntwerden der Ausgabe der Scheine seien Hunderte von Arbeiterfrauen auf das Ernährungsamt gelaufen, und hätten viele der Scheine ausgehändigt worden. Am 22. September wurde vom stellvertretenden Landrat des Landkreises Elbing die Erlaubnis zur Ausgabe von Bezugscheinen erteilt. Der Landkreis Elbing hat 40 000 Zentner an die Stadt zu liefern. Zwei Tage darauf wurde jedoch nach Mitteilung des Landrats auf Veranlassung der Provinzialkartoffelstelle hin die Menge auf 7000 Zentner herabgesetzt. Die weitere Ausgabe der Bezugscheine mußte daher ohne jedes Verschulden des Magistrats eingestellt werden. Innerhalb zwölf Stunden waren die Bezugscheine auf dem Ernährungsamt ausgegeben. Die anderen Kreise (Stuhm, Osterode, Mohrungen und Pr.-Holland), die für die Stadt Elbing Kartoffeln zu liefern haben, haben die Ausgabe auf Bezugscheine abgelehnt; es schweben jedoch erneute Verhandlungen. Es sei dies, wie ausdrücklich hervorzuheben sei, keine Schikane dieser Kreise, sondern die Ablehnung sei aus wohlwollenden, vom Standpunkt der Kreise durchaus verständlichen Gründen erfolgt. Sollte der Magistrat in der Lage sein, weitere Bezugscheine auszugeben, so wird er dies sofort in der „Elbinger Zeitung“ bekanntgeben. Den Preis der Kartoffeln hält der Magistrat für ungerecht, fertigt hoch neben dem Grundpreise von 5 Mark werden 50 Pfg. Schnellkeitsprämie für den Zentner, 5 Pfg. Anfuhrgebühr für den Kilometer bis zur Bahnstation und 25 Pfg. Gebühren für den Kommissär des Kreises und den Kreis selbst erhoben. Der Magistrat ist der Ansicht, daß bei der diesjährigen großen Kartoffelernte ein niedrigerer Kartoffelpreis durchaus angebracht gewesen wäre. Gegenwärtig liegen große Kartoffelmengen bei den Händlern. Der Magistrat richtet erneut an die Bevölkerung die dringende Bitte, sich mit Kartoffeln bis mindestens zum 18. November einzudecken, da sonst die Händler nicht in der Lage sind, für die ankommenden Winterkartoffeln Platz zu schaffen. Wenn die Bevölkerung dieser dringenden Bitte nicht nachkommt, sind mangels Weg für die außerordentlich großen Mengen der eingehenden Kartoffeln für die Winterernte bedingte schwerwiegende Folgen nicht zu vermeiden.

Genosse Finsel unterzog die ganze Handhabung der Kartoffelversorgung einer scharfen Kritik.

Würden den obere Stellen mehr Sachleute angehören, dann stände es besser mit der Versorgung. Interessant sei, daß nun auf einmal darüber gellagt werde, daß nur Arbeiter Bezugscheine erhalten hätten. Das Material zu seiner Anfrage habe er von einer glaubwürdigen Person erhalten. Für die Richtigkeit leierte er volle Garantie. Sodann verurteilte Finsel mit Entschiedenheit die hohen Preise mit den vielen Zuschlägen. Ungehört sei, daß Händler 1,30 Mk. an 1 Zentner Kartoffeln verdienen. Hier müßten sofort Änderungen eintreten.

**Briefkasten**

Ohra. R. D. Beim Wiedereinziehen zum Heere kommt die Beschädigtenrente in Fortfall.

**Gesangverein Sängergross, Danzig**

Gegründet 1892 Dirigent: Herr Lerch Gegründet 1892

Das **25jähr. Stiftungs-Fest**

begeht obiger Verein am 21. Oktober 1917 in den Räumen des „Gewerbehause“, Heil. Geistgasse 82. Das Programm hierzu ist diesmal ganz besonders gut zusammengesetzt. U. a.: Fest-Prolog, Männer-Chöre, Frauen-Chöre, gem. Chöre. Auftreten des Vereins-Doppel-Quartetts. Ausserdem ein reizendes Lustspiel in 3 Aufzügen

Beginn der Feier pünktlich 4 Uhr nachm. — Eintrittskarten 1,00 Mk., Mitglieder 0,50 Mk. im Vorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Sellin, Schüsseldamm

**Saal des Werftspeisehauses der Kaiserl. Werft**

**Sonntag den 7. Oktober, abends 8 1/4 Uhr**  
 Im Auftrage der Abteilung E. des stellv. General-Kommandos 17. Armeekorps

**Einmaliger öffentlicher vaterländischer Orient-Lichtbilder-Vortrag**

Die Länder unserer Verbündeten auf dem Balkan:

**: Bulgarien und die Türkei :**

mit etwa 180 meist farbigen Lichtbildern nach Originalaufnahmen.  
 Redner: Weltreizender und Schriftsteller **Albert Kaestner**, Wiesbaden.

**Eintrittspreise:** im Vorverkauf in der Musikalienhandlung H. Lau, Langgasse 71: Sperrsitz 2.00, I. Platz (num.) 1.50, II. Platz 1.00, Stehplatz 0.50 Mk. An der Abendkasse 25 Pf. Aufschlag.

**Nachmittag 4 Uhr findet der Vortrag für Schüler und Militär statt.**  
 Eintrittspreis nur an der Kasse: Sperrsitz 50, I. Platz 40, II. Platz 30, Stehpl. 20 Pf.

**Uhren**  
 Große Auswahl  
 in Silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren  
 Weckeruhren in allen Preislagen  
**S. Lewy Nflgr.**  
 Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 247

**Dinse's Globe Theater**  
 Heute Sonnabend 8 Uhr • Morg. Sonntag 3 Uhr u. 7 Uhr  
**Dinse's neues Weltstadt-Programm**  
**14 Attraktionen 14**  
 U. a. 2 Genaros 2 Die phänomenalen Gleichgewichtskünstler Obermann mit einem Bein muss ein Jeder sehen.  
 Vorverkauf im Bildungs-Vereinshaus und Norddeutscher Hof.

**General-Versammlung**  
 des Gesangvereins „Sängergross“ Danzig  
 am Sonntag, den 7. Oktober 1917, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal, Altstädtisches Gesellschaftshaus, Niedere Seigen 8.  
 Vollzähliges Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder unbedingt erforderlich.  
**Der Vorstand.**

betreffend den **Gesetz** Vaterländisch. Hilfsdienst  
 mit einem Anhang:  
 Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen.  
 Herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
 64 Seiten. — Preis 50 Pf. — Porto 5 Pf.

**Zentralverband der Zimmerer**  
 Zahlstelle Danzig  
**Einladung zum 26. Stiftungsfest**  
 am **Sonntag den 14. Oktober 1917**  
 bei Frau Steppuhn „Bürgergarten“, Schildlitz  
 Konzert :: Vorträge :: Theater-Aufführungen  
 Eingeführte Gäste: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.  
 Mitglieder und deren Familie haben freien Eintritt  
**Anfang 4 Uhr**  
 256] Der Vorstand: Sellin.

**Trauer-Goldstein**  
 Hüte in reicher Auswahl  
 Blumen Handschuhe zu billigsten Preisen  
 Julius  
 Lawndalergasse 4, gegenüber der Markthalle

**Buchhandlung Volkswacht**  
 Danzig, Paradiesgasse 32.  
**Der wahre Jakob** farbige illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire  
 Buchhandlung Volkswacht

Säi getrockneten **Schnupftabak** offen garantiert.  
**Julius Gosda** Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik.  
 Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Briekergasse 5. Fernspr. 2426

**Batterien, Taschenlampen, Helius-Leuchter,**  
 Brennstoff, Brenner, Summiführung, Brennöfen, Fahrradöl, Feuersteine, Nähmaschinen, Fahrräder in großer Auswahl billig.  
**Gustav Ehms,**  
 Fahrradgroßhandlung, 1. Danzig Str. 22/23, Ede Breitgasse.

**„Volkshilfe“**  
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsallianzgesellschaft  
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverkauf  
 Man verlange Prospekt von der Rechnungsstelle 16 Danzig  
 Hermann Schindler, Rosenstr. 16



Letzt, Wirtschaftliches Gesellschaftshaus, mehrere Sengen 2. Nachmittags 4 Uhr. Die Generalversammlung statt. Vollständiges Erscheinen der aktiven und passiven Mitglieder ist erwünscht.

Die Erhöhung der Milch- und Butterpreise ist nunmehr doch erfolgt. Am Dienstag dieser Woche veröffentlichte der Danziger Magistrat in den Danziger Zeitungen folgende Notiz: Mg. Name Höchstpreise für Vollmilch und Butter. Der Oberpräsident hat den Milchpreis durch Anordnung vom 29. September 1917 für Danzig und Borek von 24 Pf. auf 30 Pf. für den Bitter und den Aufschlag für molkefrei behandelte Milch von 1 Pf. auf 2 Pf. erhöht. Durch Anordnung vom gleichen Tage hat der Oberpräsident den Höchstpreis für Molkebutter auf 2,70 Mark für das Pfund erhöht. Sämtliche Erhöhungen sind bereits am 1. d. M. in Kraft getreten. Der Magistrat, dem die Festsetzung der Kleinhandelspreise auf Grund der neu festgelegten Preise obliegt, hat, da ihm die Anordnung des Oberpräsidenten erst am Sonntag bekannt geworden ist, dem zuständigen Ausschuss der Preisprüfungsstelle vor Festsetzung der Preise ausnahmsweise nicht hören können. Er macht folgende Kleinhandelspreise bekannt, die der Preisprüfungsstelle nachträglich zur Stellungnahme vorgelegt werden: 1 Liter Vollmilch 36 Pf., 1/2 Liter Vollmilch 20 Pf., 1/4 Liter Vollmilch 10 Pf., 1 Pfund Butter 3,08 Mark, 62,5 Gramm Butter 30 Pf. Diese Preise treten sofort in Kraft. Butter, die von der hiesigen Molkefabrikation noch zum alten Preise zugeführt ist, darf jedoch nur zu dem bisherigen Höchstpreise verkauft werden.

Der Oberpräsident hat sich also an den Beschluß der Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Danzig, den scharfen Protest der Stadt Elbing sowie des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen und den Einspruch des Großen Arbeiterrates in Danzig nicht gefehert. Er ist selbst über den Vorschlag seiner Provinzialstelle, die nur 27 Pf. für Vollmilch festsetzen wollte, erheblich hinausgegangen. Was das wirklich nötig?

In der letzten Nummer der „Volkswacht“ wiesen wir schon auf die Unhaltbarkeit der für die Erhöhung der Preise für Milch und Butter angeführten Gründe hin. An einer anderen Stelle dieser Nummer erbringen wir den zahlenmäßigen Nachweis für unsere Behauptung, daß die Löhne der Arbeiter nicht wesentlich gestiegen seien. Hier wollen wir nur noch ein Urteil des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Wendorf, der selbst Gutsbesitzer ist, dafür anführen, daß es der Landwirtschaft äußerst gut geht und die Säuglingsnahrung nicht hätte verteuert werden brauchen.

Wendorf teilte seiner Zeit im „Berliner Tageblatt“ mit, daß in seiner Wirtschaft ohne Verwendung von Russen die Vorkausgaben im ersten Kriegsjahre vom August 1914 bis August 1915 um etwa 3 Prozent niedriger gewesen sind als im Durchschnitt der Vorjahre. Die gesamten Wirtschaftsausgaben sind in derselben Zeit um 4 Prozent niedriger gewesen. Nach Ausweis seiner Bücher waren die Wirtschaftseinnahmen aber 1914-15 um 18 Prozent höher als im Durchschnitt der drei Vorjahre, und es hat sich im ganzen eine entsprechende Steigerung auch des wirtschaftlichen Reingewinns ergeben.

Seitdem hat aber eine weitere Zunahme der Steigerung der Einnahmen durch weitere Preissteigerungen stattgefunden. Wendorf weist weiter nach, daß die Behauptung von den gesteigerten Herstellungskosten und der dadurch angeblich bedingten weiteren Preissteigerung unberechtigt ist.

Diesem sachverständigen Urteil eines fortschrittlichen Landwirts können wir noch eine ganze Reihe anderer Urteile, auch solche sozialdemokratischer Gutsbesitzer zur Seite stellen, die zu demselben Schluß wie Herr Wendorf kamen.

Den Herrn Oberpräsidenten werden freilich fortschrittliche oder gar sozialdemokratische Gutsbesitzer nicht beraten haben. Seine Räte und sachverständigen Landwirte werden wahrscheinlich den Kreisen des Herrn v. Oldenburg-Jamischau angehören. Und wie diese Kreise über Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse denken, hat Herr v. Oldenburg wiederholt erzählt. Solange diese Kreise maßgebenden Einfluß ausüben in der Lage sind, ist eine Aenderung der unverständlichen Preispolitik nicht zu erwarten.

Ein kurzes: „Holt, wer da?“ Eine Beuchttugel — ein Ruffe am Drahterbau — eine Handgranate!

„Holt ihn herein!“ gab ein Vorgesetzter Befehl. Nun erkannte man an der Kleidung den hiesigen Kriegsgefangenen.

Als die Sonne wieder aufging, trugen deutsche Soldaten einen roten Ruffen auf unterm Friedhof. Der Bataillonskommandeur sowie mehrere Offiziere und Soldaten nahmen am Begräbnis teil. Der Adjutant, von dem wir vorher schon kurze Worte von Schluß, Schluß, ewigem Frieden.

Ich hob die Jellbahn vom Leichnam und braute dem helblunden roten Ruffen ins Gesicht. Dort lagen wie eingemeißelt die Spuren eines kurzen Todeskampfes, und an einer kantigen Schulterwunde steckte dieses schwarze Blut. Er ruht neben Scherern und Schwaben.

## Theater und Veranstaltungen

### Danziger Stadttheater

Die diesjährige Opernspielzeit wurde am Montag den 3. Oktober mit Bebers unerbittlichem „Freischütz“ eröffnet. Kein anderes Musikwerk verkörpert wohl so das deutsche Volk in seinem Leben, seinem Schwärmen, und seinen Sagen wie Bebers Meisterwerk. Hundert Jahre hat seit dem ersten Trauungstag vergangen und noch immer haftet ihm der Duft unerbittlicher Trübsal an. Für Generationen wird es wohl noch so bleiben. Die Berliner Erstaufführung im Jahre 1821 brachte dem Komponisten einen ungeheuren Erfolg. Seine Schöpfung ist in einem Berliner Reisebrief, wie wahrscheinlich die Welt des „Freischütz“ geworden war. In den Häusern der Bürgermeisterei lang und spielte man nur die Bilder aus dem „Freischütz“, auf den Stroben pflügte sie die Schützenjungen. Heute singt und spielt man dafür Beber wie „Tuppel“ und „Hörliche Schläger“.

Die Aufführung hinterließ einen guten Eindruck. Das gilt vor allem von der musikalischen Leistung des Herrn Schwarz. Größere Anforderungen stellt die Oper auch an die Spielleitung. Wenn es Herr Wolf nicht gelungen

Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen in Danzig hat vor einigen Tagen an den Herrn Oberpräsidenten das Ersuchen gerichtet, einige seiner Vertreter in die Provinzialstellen zu berufen. Das Ersuchen ist von Oberpräsidenten mit der Bemerkung abgelehnt worden, daß die Danziger Arbeiter in den in Betracht kommenden Provinzialstellen genügend vertreten seien und eine weitere Hinzuziehung von Vertretern des Kriegsausschusses zu berechtigten Beschwerden führen würde.

Wir gaben uns Mühe, festzustellen, welche Danziger Arbeiterorganisationen in den Provinzialstellen vertreten sind. Alle, die wir befragten, erklärten, dort untertreten zu sein. Vielleicht tragen diese Stellen dazu bei, einige Organisationen ausfindig zu machen, die Vertreter in Provinzialstellen delegiert haben. Jedenfalls ist der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen und die Arbeitsgemeinschaft der Beamten und Vöhrer in diesen Stellen nicht vertreten. Diese Körperschaften vertreten aber zusammen etwa 80000 Danziger Einwohner und sind wohl an erster Stelle dazu berufen, Einspruch auf eine angemessene Vertretung zu erheben, zumal g. B. der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen auch Bezirksausschuss für die Provinz Westpreußen ist.

Jetzt liegt die Sache so, daß Provinzialstellen Höchstpreise festlegen, an die Vertreter organisierter Verbraucher nicht mitwirken. Die örtlichen Preisprüfungsstellen werden dadurch vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie haben nur noch Kleinhandelspreise festzusetzen und damit für Verbraucher erheblich an Bedeutung verloren. Dieses System ist in seiner Wirkung höchst ungerecht und muß auf das entschiedenste bekämpft werden.

### Zur Kartoffelverteilung

Der Kriegsausschuss in seiner letzten Versammlung nahm der Kartoffelverteilung in seiner letzten Versammlung Stellung. Zu der Versammlung waren auch Vertreter der Provinzialkartoffelstelle und der städtischen Kartoffelstelle eingeladen und erschienen. Redakteur Buchholz hielt den einleitenden Vortrag. Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

„Die Veranlassung erachtet die Kartoffeln neben dem Brote als das Hauptnahrungsmittel in der Kriegszeit. Die Kartoffelzucht des Reichs stellt etwa 800 Millionen Zentner in Aussicht. Zur menschlichen Ernährung würden nur 420 Millionen Zentner gebraucht werden, wenn man auf den Kopf der Bevölkerung zwei Pfund täglich zuweist. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, allen Familien so viel Kartoffeln zu liefern, wie sie auf Grund der Selbstversorgung verlangen. Das Kriegsernährungsamt in Berlin wird gebeten, den Kommunalverbänden zwei Pfund Kartoffeln auf den Kopf und Tag zu überweisen.“

Um zu verhindern, daß die Stadt, wie im Vorjahr, nicht die ihr zustehenden Kartoffeln erhält, wies die Versammlung, daß bei der Verteilung allen Familien des Stadtgebietes Danzig gestattet, sich zunächst mit acht Pfund die Woche bis zum 3. August 1918, nicht nur auf 30 Wochen, unmittelbar vom Lande einzudecken. Die Saatkartoffeln wolle der Magistrat dadurch beschaffen, daß er sie nicht zu höheren Preisen einkauft, sondern selber aus den Saatkartoffeln auslesen läßt und mit einem entsprechenden Aufschlag, der die Unkosten deckt, als Saatkartoffeln abgibt. Schließlich protestierte die Versammlung gegen den hohen Erzeugerpreis von 5 Mark für den Zentner Kartoffeln und erhebt ganz besonders Einspruch gegen die weitere Vertierung der Kartoffeln durch den Großhandel, bis zur Höhe von 8 Mark.

### Zur Preiserhöhung für Milch und Butter wurde beschlossen:

Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen hält eine Erhöhung der Preise für Vollmilch und Butter nicht für gerechtfertigt und erhebt gegen sie Einspruch. Es ist nicht richtig, daß der Landwirt die Milchpreise dem Anstiege des Viehpreises anpassen muß, wenn der Milchpreis nicht erhöht wird. Die Erhöhung der Vollmilchpreise steht in keinem Widerspruch zu den behördlich geförderten Bestrebungen zur Bekämpfung der großen Kindersterblichkeit in Westpreußen und Danzig.

Der Kriegsausschuss erhebt ebenso entschieden dagegen Einspruch, daß die Bevölkerung von Danzig, dem Erzeuger in der Provinz für ein Ster Vollmilch 2 bis 4 Pf. mehr zahlen soll, wie die übrige Bevölkerung. Es gibt keinen triftigen Grund dafür, daß die Bewohner von Danzig für die gleiche Ware und unter den gleichen Bedingungen mehr zahlen müssen, als die von Genuß. Der Magistrat sollte seinen ganzen Einsatz dahin geltend machen, daß die Bewohner des Stadtgebietes die Milch so billig und nicht so teuer wie möglich erhalten.

Eine Erhöhung des Butterpreises ist unangebracht und hemmt das Angebot von Vollmilch. Die Voraussetzungen der Erhöhung des Butterpreises sind nicht richtig. Der durchschnittliche Fettgehalt des Vollmilch beträgt nicht 2,7%, wie die Butterpreissteigerer annehmen, sondern bei unerschöpflicher Milch über 3%. Die Preisprüfungsstelle schlägt vor, daß der Butterpreis das 8/10fache des Vollmilchpreises betragen

war, den ganzen Reiz dieses mit fogenhafter Romantik durchflochtenen Werkes lebendig zu gestalten, liegt es eben an unsern beschränkten Bühneneinrichtungen. Neuester sympathisch im Gehalt und Spiel war Herr Hof Müller als Mag. des gleichen seine Partnerin Fräulein Bosh als Agathe. Mit frischen Stimmgabeln und temperamentvollem Spiel gab Fräulein Baumann die Nennschöne. Herr Seebach den Kaiser. Auch im Spiel charakteristisch er überzeugend den Bösewicht. Das das Haus wieder ausverkauft war, ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. — Am Sonntag wird „Rignon“ mit Fräulein Baumann in der Titelrolle gegeben. Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Im Wilhelmtheater steht seit Dienstag das Singspiel „Zigeuner“ auf dem Spielplan. Die Dichtung ist von dem bekannten Schauspieler Ferdinand Bonn. Die Musik von Viktor Hoffmann nach Franz Lisztschen Weisen zusammengestellt. Dichter und „Komponist“ sind sicher durch den Erfolg des „Dreimädelhaus“ zu diesem neuen Komponisten-Singspiel angeregt worden. Allerdings reichten die „Zigeuner“ nicht an das Vorbild heran. Hoffentlich erhalten wir aber nicht bald noch ein Singspiel mit Pechhosen zum Helden und Waise nach dem Sinfonien zum Helden. Seine Wirkung auf das große Publikum wird aber auch das neue Singspiel nicht verfehlen, da es reich an drastischem Humor ist. Die Partikulation war nicht wirkungslos. Der Komponist liegt wurde von S. Deyrich in Spiel und Maske charakteristisch verkörpert. Als Zigeunerin Ma hat Emmi Rentop und als Fürstin Margarethe Lorenz stimmlich und darstellerisch annehmbare Leistungen. Da gilt auch von Georg Lönninger als Zigeuner Bossi.

Ein Lichtbildvortrag veranstaltet am Sonntag den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Westpreußenhaus der Belle Allende A. Laestner. Er handelt über das aktuelle Thema „Bulgarien und die Türkei“. Eine reichhaltige Bilderhering des Vortrages bilden 100 Lichtbilder, die zur Vorführung kommen.

fall. Der Kriegsausschuss erhebt dagegen Einspruch, daß für die Erzeugung und Danzig der Preis auf das 10/10fache festgesetzt werden soll. Der Vorstand wird beauftragt, eine Unterredung mit dem Herrn Oberpräsidenten nachzusuchen und ihm die Gründe gegen eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise vorzutragen.

Der letzte Absatz dieser Entschlüsse ist durch die inzwischen erfolgte Erhöhung der Preise für Milch und Butter die wie an anderer Stelle besprochen, gegenstandslos geworden.

### Unklarheit in den Kartoffelpreisen

Die Bekanntmachung des Magistrats über die Höchstpreise für Kartoffeln ist unklar und mißverständlich. Sie wurde am 15. September als „weitere Herabsetzung der Höchstpreise“ bezeichnet und erweckte den Glauben, als solle dies nach nicht der endgültige Winterpreis sein. Dieser Eindruck wurde um so mehr verstärkt, als einseitig ein Preis von 8 Mark für ein Zentner festgesetzt wurde, während es längst bekannt war, daß der Erzeugerpreis für die Winterkartoffeln seit dem 15. September auf 5 Mark als Grundpreis festgesetzt worden ist. Nach den Danziger Höchstpreisen richten sich aber auch die Erzeuger auf dem Lande und mancher Verbraucher ist durch diese mißverständliche Bekanntmachung bereits geschädigt worden, indem er zu viel gezahlt hat. Es wäre gut, so schnell wie möglich mit einer klaren Festsetzung heraus zu kommen und nicht tropfenweise. Es ist jetzt bekannt geworden, daß der Zentnerpreis in Danzig frei Keller 7,50 Mark betragen soll, aber auch dies genügt noch nicht für die Verbraucher bleibt noch manches unklar. Sollen diese Unklarheiten erst beseitigt werden, wenn die Einkäufe abgeschlossen oder erledigt sind? Was hat der Erzeuger zu beanspruchen, wenn er die Kartoffeln mit der Bahn nach Danzig schickt? Der Erzeugerpreis ist festgelegt. Ist die Stadt berechtigt, ihn zu erhöhen? Der Erzeugerpreis beträgt 5 Mark für den Zentner, hinzu kommt bis 13. Dezember eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pf. Wenn der Erzeuger für die nach Danzig gefandten Kartoffeln etwa 7,40 Mark erhalten soll, so wäre das doch eine Umschreibung für eine Höchstpreisüberschreitung. Durch diese Unklarheit wird das Eindecken mit Kartoffeln verzögert und dadurch überhaupt erschwert. Man sollte nicht die Fehler von 1916 wiederholen und es dahin bringen, daß sich, trotz der guten Ernte, die Kartoffelnot des Vorjahres wiederholt.

### Die Kohlenkarte kommt.

Sie kommt spät, doch sie kommt, kann man auch in Bezug auf die Kohlenkarte sagen. Schon im Januar d. Js. ist der Wunsch nach ihrer Einführung in der Preisprüfungsstelle laut geworden und nun soll sie endlich, am 15. Oktober in Kraft treten. Die jetzige Regelung der Kohlenverteilung war eine vorläufige. Sie hat sich nicht bewährt. Das war vorauszu sehen. Es ist nur schade um die schöne Zeit, die viele, sehr viele Frauen und Kinder mit der Kundennamendung vor den Kohlengeschäften haben nutzlos verbringen müssen. Jetzt fängt der Winter von neuem an. Das hätte vermieden werden können, wenn man unsern wiederholt gemachten Vorschlägen auf Einführung von Kohlenkarten rechtzeitig Rechnung getragen hätte. Die Dreiteilbelieferung für Heizungszwecke auf Bezugscheine und die gleichzeitige Abgabe von Hausbrand auf Lebensmittelmarken konnte bei der vorherrschenden Kohlenknappheit nicht in befriedigender Weise erledigt werden. Nur wenige Haushalte werden das mit vieler Mühe angemeldete Drittel erhalten haben. Andere warten immer noch auf die Lieferung von Hausbrand. Dieser wird weiter geliefert werden. Dagegen hört nach einer Bekanntmachung des Magistrats vom 3. Oktober die Belieferung des angemeldeten Drittels für den Winterbedarf auf.

Die Neuregelung des Winterbedarfs wird nach neuen Grundrissen erfolgen. Es werden Kohlenkarten an Haushaltungen gegeben, deren Nummern von Zeit zu Zeit aufgerufen werden. Die für den einzelnen Haushalt bestimmte Kohlenmenge richtet sich nach der Größe der Wohnung. Haushaltungen mit Küche und einem heizbaren Zimmer erhalten eine Brennstoffkarte mit 30 Abschnitten über zusammen 30 Zentner. Haushaltungen mit Küche und 2-3 heizbaren Zimmern erhalten eine Brennstoffkarte mit 30 Abschnitten über zusammen 45 Zentner. Haushaltungen mit Küche, 4 und mehr heizbaren Zimmern erhalten eine Brennstoffkarte mit 30 Abschnitten über zusammen 60 Zentner.

Die neue Verordnung wird die Kundennamendung und die Abgabe von Kohlen, Koks, Stein- und Braunkohlenbriketts nach Nummern versehen. Der Verkauf wird nicht nur vormittag, sondern an einigen Tagen in der Woche auch nachmittag erfolgen. Der Verkauf von Holz fällt nicht unter die Verordnung.

Der Beirat des Leucht- und Brennstoffamts hat in zwei Sitzungen diese Neuregelung beschlossen. Auf die anderen Bestimmungen einzugehen hatten wir vor Veröffentlichung der Verordnung für nicht erforderlich, da sie für die große Zahl minderbemittelter Verbraucher meist nicht in Betracht kommen.

Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Kohlenkarte früher eingeführt worden wäre. Jetzt hat eine Anzahl Haushaltungen das Drittel ihres Winterbedarfs sich anfechtbar lassen und es dürfte schwer sein, ihren Kohlenbedarf festzustellen und sie vom Bezuge nach der Neuregelung auszuschließen. Dazu sind scharfe Kontrollmaßnahmen erforderlich, die wir sehr zum Schaden der Allgemeinheit in anderer Beziehung schon oftmals vernimmt haben. Wir fürchten, daß die gleichen unangenehmen Erscheinungen sich auch bei dieser Neuregelung zeigen werden. Dem muß unter allen Umständen gut vorgebeugt werden.

### Eine Bekanntmachung

über „Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgewebe“ wird im Inferatenteil unserer heutigen Nummer angezeigt. — Der Wortlaut ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

### Das Westpreußen

Elbing. Der Stadtverordnetenversammlung vom 28. September wurde bekannt gegeben, daß für die durch den Weggang des Stadtdirektors Jurij freigewordene Stelle sich 82 Bewerber gemeldet hätten. Die Anstellungskommission, deren Mitglied auch Genosse Finke ist, hat drei Herren auf deren Wahl gestellt und zwar Dr. Hausmann, Bürger-



# Teuerung und Landarbeiterlöhne

Die landwirtschaftlichen Organisationen und die ihnen nahestehende Presse macht fortgesetzt den Versuch, die hohen Lebensmittelpreise, insbesondere die in Aussicht stehende Erhöhung der Milch- und Butterpreise, durch eine angeblich stark gestiegenen Löhnen der Landarbeiter zu rechtfertigen. Diese angeblichen starken Lohnerhöhungen sollen die gesteigerten Produktionskosten erheblich beeinflussen. Um den Dingen auf den Grund zu gehen, hat der Landarbeiterverband durch eine persönliche Umfrage bei den Arbeitern auf großen Gütern festgestellt, wie sich die Lohnverhältnisse dort geändert haben.

Im allgemeinen ist zunächst festzustellen, daß an Stelle der fehlenden männlichen Arbeitskräfte Frauen sehr stark in Anspruch genommen werden, die erheblich geringere Löhne erhalten und bei schweren Arbeiten wohl die Arbeitskraft des Mannes nicht ganz ersetzen. Ferner ist fast allgemein auf den großen Gütern beobachtet worden, daß durch Inanspruchnahme der Arbeitskraft der Gefangenen sicherlich den Grundbesitzern eine sehr wertvolle Hilfe geleistet wurde, die ihnen auch materiell keine höheren Aufwendungen auferlegte.

Betrachten wir nun im einzelnen die Ergebnisse der Ermittlungen. Es wurden zunächst eine Anzahl Güter in der Provinz Brandenburg besucht. Auf einem großen Gut in Kutzschau bei Schwiebus stellten wir folgendes fest: Tagelöhner, die in eigener Mietwohnung im Dorfe wohnen, erhalten einen Tagelohn von 1,80 Mk. gegen 1,60 Mk. vor dem Kriege. Ein Deputat wird nicht gewährt, nur Kartoffelfeld. Die Schnitter erhalten pro Tag neben Wohnung und Kartoffeln für den eigenen Bedarf 3 Mk. Lohn, der ihnen vor dem Kriege auch gezahlt wurde. Das Kartoffelherausnehmen geschieht im Alford und wird fast nur von Frauen ausgeführt. Der Alfordlohn für den Zentner bis auf den Wagen geschafft beträgt 12 Pf. Es wird uns berichtet, daß schon vor 20 Jahren auf dem Gut 10 Pf. für diese Arbeit gezahlt wurden. Während des Krieges ist keine Erhöhung eingetreten. In der Brennerei des Gutes erhielt bis vor kurzem der Heizer 9 Mk. Wochenlohn. Er hat diesen „glänzend“ bezahlten Posten allerdings mit einer besseren Stellung ausgetauscht.

Auf dem Gute Kalzig bei Züllichau beträgt der Lohn für Tagelöhner 1,75 Mk., ab 1. Oktober 1,50 Mk., dann 1,25 Mk. pro Tag. Jüngere Arbeitskräfte bekommen in der Ernte 2 Mk. bis 2,50 Mk., im Winter 1,50 bis 1,75 Mk., dazu Kartoffelfeld. Deputanten, das heißt Arbeiter im festen Vertragsverhältnis, erhalten 225 Mk. Jahreslohn, 24 Zentner Roggen, 60 Zentner Kartoffeln, freie Wohnung und Feuerung. Durch die Getreidebeschlagnahme ist dieses Deputat durch Geld abgelöst, und zwar erhalten die Leute pro Zentner 10 Mk. vergütet; mithin also einen Preis, der unter dem Höchstpreis steht, den der Landwirt bei der Beschlagnahme erhält. Der Höchstpreis beträgt 11 Mk. und steigt vom Januar monatlich um 15 Pf. Lohnveränderungen während des Krieges sind nicht vorgekommen. Für Kartoffelherausnehmen wird 12 Pf. pro Zentner gezahlt. Für die russischen Wanderarbeiter ist natürlich ebensowenig eine Minderung des Lohnes eingetreten. Im vorigen Jahre wurde den Arbeiterfamilien gestattet, auf dem Felde die Mehren zu lesen, in diesem Jahre wurde es verboten, und ist den Arbeitern damit ein kleiner Nutzen verlorengegangen.

Auf dem Gute Kay, Kreis Züllichau-Schwiebus, erhalten Lohnarbeiter 1,80 Mk. pro Tag, dazu jedes Vierteljahr einen Zentner Roggen und pro Jahr 3 Meter Brennholz. Frauen bekommen in der Ernte 1,20 Mk. pro Tag, später 1 Mk. und im Winter 80 Pf. Das Kartoffelherausnehmen wird pro Zentner mit 10 Pf. bezahlt. Kontraktarbeiter, die auf dem Gute wohnen, erhalten 200 Mk. Barlohn, 24 Zentner Roggen, 70 Zentner Kartoffeln, täglich 1 Liter Vollmilch und 2 Liter Magermilch. Die Deputatablösung ist hier mit 10,75 pro Zentner in Anrechnung gebracht, während der Roggenpreis in der benachbarten Mühle 12 Mk. pro Zentner beträgt. Russisch-polnische Arbeiterinnen erhalten 1,50 Mk. Tagelohn während der Ernte. Den Kriegerfrauen wird nur die Staats-

unterstützung, nicht sohem Deputat, oder die Deputatablösung gewährt; Lohnänderungen sind nicht eingetreten.

Auf einem Gute in Niebergulaen, Kreis Züllichau-Schwiebus, beträgt der Lohn der Tagelöhner 1,30—1,40 Mk. außerdem das übliche Kartoffelfeld. Auf diesem Gut wird für das Herausnehmen der Kartoffeln 14 Pf. pro Zentner gezahlt. Lohnänderungen sind nicht eingetreten.

Auf einem Gute in Grawshow bei Züllichau wird den Landarbeitern neben freier Wohnung und Feuerung und dem üblichen Kartoffelfeld 2,40 Mk. Tagelohn geboten gegen 2,10 Mk. vor dem Kriege. Die Frauen bekommen während der Ernte 90 Pf., vorher 70 Pf. Tagelöhner erhalten 30 Pf. mehr Lohn. Die Verhältnisse auf dem Gute sind erheblich günstiger als in der Umgegend. Auch ist den Frauen der zum Kriege Eingezogenen je nach Bedarf besonderes Deputat gewährt.

Aus dem Kreise Westhavelland liegen folgende Berichte vor: Auf einem Gute in Wachow ist festgestellt, daß eine Erhöhung der Arbeitslöhne nicht stattgefunden hat. Der Wochenlohn für Knechte beträgt von Oktober bis April 15 Mk., von April bis Oktober 18 Mk. Frauen erhalten einen Tagelohn von 1 Mk. Nur für Kartoffelherausnehmen wird für ein Quantum das von den Arbeitern auf 1/4 Zentner geschätzt wird, 12 1/2 Pf. gezahlt, gegen 10 Pf. früher.

Auf einem Gute in Gohlitz sind gleichfalls die Löhne unverändert geblieben. Der Wochenlohn beträgt hier für Landarbeiter 11 Mk., von April bis Oktober 18 Mk., daneben freie Wohnung und 60 Zentner Kartoffeln; der Lohn der Frauen, im Winter 80 Pf., im Sommer 1 Mk., ist gleichgeblieben. Das Rübenhacken wird pro Morgen mit 15 Mk., das Rübenroden mit 13 Mk. gezahlt. Für Kartoffelherausnehmen für 1/4 Zentner beträgt der Lohn 12 1/2 Pf. Auf dem Gute sind außerdem 5 gefangene Russen beschäftigt, für die der Besitzer als Entschädigung für Kost 30 Pf. pro Tag erhält.

Auf dem Gute in Tremmen ist eine Lohnerhöhung während des Krieges eingetreten und zwar ist im Frühjahr der Lohn von 15 Mk. auf 18 Mk. pro Woche erhöht, während der Erntezeit von 18 Mk. auf 20 Mk.; für den Winter steht der Lohn noch nicht fest. Die Arbeiter erhalten freie Wohnung, 48 Zentner Kartoffeln; sie haben während des Krieges je nach Bedarf an Kartoffeln Zubehörs bekommen. Der Lohn der Frauen ist unverändert geblieben. Der Betrag im Sommer ist 1,20 Mk., im Winter 1 Mk. Für Kartoffelherausnehmen pro 1/4 Zentner ist die Entschädigung von 10 auf 12 1/2 Pf. erhöht.

Einige Ermittlungen in der Provinz Sachsen und im Harzbezirk ergeben für die Arbeiter ein etwas günstigeres Resultat, weil hier vielfach die Organisation Anregung zu Lohnerhöhungen gab.

Aus dem Bezirk Ottersleben wird aus 10 landwirtschaftlichen Betrieben berichtet, daß Lohnzulagen für Lohnarbeiter von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Woche erzielt wurden. Der Lohn schwankt zwischen 14,70 Mk. bis 18 Mk. Deputat erhalten hier die Arbeiter nicht, außer dem üblichen Kartoffelfeld.

Aus Ahendorf wird berichtet aus 15 landwirtschaftlichen Betrieben, daß Lohnzulagen pro Monat von 5 bis 10 Mk. für Landarbeiter erreicht wurden. Ein Wochenlohn von 15 Mk. wird selten überschritten. Der Tagelohn für Frauen beträgt 1,50 Mk.

Aus Ermsleben am Harz wird von 4 landwirtschaftlichen Betrieben angegeben, daß eine Lohnerhöhung nur in einigen Betrieben bis zu 1,50 Mk. pro Woche eingetreten ist. Der Wochenlohn beträgt 15 Mk. gegenwärtig.

In Derenburg am Harz haben die Arbeiter zu dem Wochenlohn von 12,50 bis 13,50 Mk. eine Zulage von 50 Pf. erlangt. Dieser Erfolg ist nur in einem Betriebe festgestellt, während 24 andere Betriebe die Ansprüche der Arbeiter ablehnten.

In Sommerda können die Landarbeiter über eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche berichten. Für Frauen ist der Tagelohn um 20 Pf. erhöht.

Aus Köster Michaelstein bei Blankenburg wurde die Erhöhung des Tagelohns für Landarbeiter um 20 Pf. und für Frauen um 10 Pf. berichtet. Die Löhne schwanken zwischen 13,20 Mk. im Winter bis 15,60 Mk. während der Erntezeit; außerdem freie Wohnung, 11,80 Mk. Holzgeld, Acker- und Gartenland.

Die Landarbeiterlöhne in Westpreußen bewegen sich in ähnlicher Höhe. Von Lohnsteigerungen von 2 Mk. bis 6 Mk. pro Tag, wie in der Preisprüfungsstelle des Regierungsbezirks Danzig lehrhin von einigen Herren behauptet wurde, ist nirgends die Rede. Eine Umfrage bei Landarbeitern in Westpreußen würde noch ein magereres Ergebnis zeitigen. Man sieht also, was an dem Gerücht von den hohen Landarbeiterlöhnen Wahres dran ist.

## Danziger Nachrichten

### Die Blätter fallen . . .

Wir sind die längste Zeit im Sommerlicht gegangen. Die Natur erntet für sich, völlig unbekümmert um des Menschen Sommerlust und Sonnenfreude. Lüftig streift sie Bäumen und Sträuchern das grüne Kleid ab; der Wind spielt mit den Resten der Sommerherrlichkeit.

Vor kurzen noch sind wir durch Alleen gegangen wie durch dunkle Föhne Krouzgänge. Ein grünes Gewölbe schloß sich über uns, daß wir uns von der Welt wie abgeschlossen fühlten. Nun löst sich Blatt um Blatt von den Bäumen. Die Kronen werden schütter; der blaue Herbsthimmel schaut durch Lücken. Wie lange noch und nur das kahle Geäst reckt sich in die nebelnde Luft.

Das alte, uralte Spiel vom Werden und Vergehen. Klar stehen noch die Tage in unserem Gedächtnis, da der Saft in den Bäumen flog und braunglänzende Knospen sprengte. Als erste grüne Spitzen wie Glänzchen in die Luft züngelten. Nun ist das grüne Feuer am Bergflühen. Rost fällt in das Laub. Rot, Braun und grau schimmert es . . .

Es raschelt unter unserem Fuß. Vor uns, hinter uns, neben uns flattern müde Blätter. Der Ton ihres Auffallens kann dich erschrecken, wenn du ganz in Sinnen verloren deiner Weg suchst.

„Wenn die Blätter fallen . . .“ Vor drei Jahren ist dieses Wort gesprochen worden und hat Hoffnungen erweckt, die heute noch ungeduldig ihrer Erfüllung harren. Damals schon harrten wir der Stunde des Friedens.

Millionen Brüder stehen heute noch im Feld. „Wenn die Blätter fallen . . .“ Die Natur geht ihren Gang, unbekümmert um menschliches Sehnen . . .

Ich schaue in den stillen, blauen Tag, der sich friedlich weithin breitet.

Des Sommers glutgoldener Sonnenglanz schwindet nicht für immer. Im ewigen Wandel des Werdens rüftet die rastlos schaffende Natur zu neuer jugendlicher Herrlichkeit.

So ist der Herbst bloß der ernstgestimmte Vorbote des neuen Frühlings, der siegreich auf Flügeln sonniger Zukunftshoffnung wiederkommt.

Schimmernd aus der Erinnerung aufsteigende Stunden lehren wieder. Hoffentlich in des Friedens neuerstandenen Glück . . .

Der Gesangverein „Sängerkreis“ feiert am 21. Oktober im Generalsbau sein 25jähriges Stiftungsfest. Das Programm ist äußerst sorgfältig zusammengestellt. Es bringt neben Männer-, Frauen- und gemischten Chören auch Gesangsvorträge des Doppelquartetts des Vereins. Zum Schluß gelangt ein Lustspiel in drei Aufzügen zur Aufführung. Wegen der Polizeistunde ist der Beginn der Feier auf pünktlich 4 Uhr festgesetzt. Eintrittskarten sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Sellin, Schiffelbamm 56, erhältlich. Unsere Arbeiterkämpfer haben manche Veranstaltung der Partei und der Gewerkschaften durch die edle Kunst des Gesanges verschönt. Möge ihnen die Danziger Arbeiterschaft durch ein vollbesetztes Haus an ihrem Jubiläumstage ihren Dank abstatten. — Am Sonntag den 7. Oktober findet im Vereins-

## Traner

Nieder neigen sich die Bläde,  
Abwärts will es wieder gehn:  
Meiner letzten Rose Blätter  
Krafllos weht im Wind verwehn . . .

Jubend zählt ich jede Knospe,  
Die dem grünen Reis entspringt,  
Und der Knospe wie der Blüte  
Galt mein erster Morgengang.

Dieß ich abends tagwertmüde  
Meine Augen darauf ruh'n,  
Wodte Duff und Jorbenfülle  
Solten Friedenstraum . . . Und nun? —

Wolff Mecke.

## Der tote Russe

Stizze von M. Eggert.

Ich kann ihn immer noch nicht vergessen — diesen toten Russen. Ihn hatte wohl die Sehnsucht nach seinem Vaterlande mit unumkehrlicher Gewalt gepackt, als er — in deutscher Kriegsgefangenschaft — die Wundermähr hörte, Rußland, sein vom Zarismus getriebenes und getriebenes Rußland sei nun frei und erlöst.

Da lag er denn in schlaflosen Nächten voll zehrender Unruhe auf seiner Prüfte. Erlebnisse zogen an ihm vorüber, Gedanken und Erinnerungen schwammen hinüber zu Weib und Kind. Da war der schmerzliche Abschied, dann die milden Kämpfe, zuletzt die Kriegsgefangenschaft. Das alles hatte er getan und erduldet für sein altes, morsches, nunmehr zerbrochenes Rußland. Jetzt war ein neues Rußland geboren, und aus einem Meer von Blut und Tränen tauchte heraus die um so schönere Morgenröte seines ersten Tages.

Frei ist Rußland, frei alle seine Bürger. Welch ein Glück haben und zu leben! Ganz nahe kamen ihm Weib und Kind. Er hörte sie seinen Namen rufen und das Abschieds-

wort der Unvergesslichen: „Komm wieder!“ Da wachte die betrach getöte Liebe in ihm auf und zauberte Bilder vor seine Seele, teure Bilder aus den Zeiten des Friedens.

Dann sank die aufgeloberte ins alte Leid zurück — so sehnsuchtsicher — und nekte sein Brot mit Kriegertränen.

Er hörte wohl auch die Stimme Kerenstis: „Das Vaterland wird sehen, ob Ihr wirkliche Revolutionäre seid oder nur rebellierende Knechte“. Es war ihm, als zitterte in diesen Worten ein leiser Zweifel an die Sieghaftigkeit der Revolution, ein Hilferuf, die ganze, große Not seines Vaterlandes, und in der eigenen Brust widerhallte der fieberhafte Herzschlag seines Volkes.

Da reifte in ihm jener tollkühne Entschluß, der Leben und Tod auf eine Karte setzt: er will, er muß stehen, muß die deutschen Vinten durchbrechen, muß hinüber zum heiligen Rußland oder —

Wochenlang will er nachts durch die Wälder schleichen fernab der Landstraßen, immer gen Osten, tagsüber sich verstecken. Gräser und Beeren sollen ihm Nahrung sein.

Barfuß, mit dem Kennzeichen des Kriegsgefangenen an der Kleidung, macht er sich eines Tages auf den Weg, der entweder ins Land seiner Sehnsucht oder in den Tod führt.

Worbei an deutschen Städten und Dörfern gelangt er über die alte deutsch-russische Grenze ins Innere Polens. Hier steht er die weiten Etappenstraßen, die sein Fuß nicht betreten darf, die endlosen Wälder mit Weibern und Sümpfen, die er durchqueren und durchwatzen muß. Fast möchte er am Gelingen seines Plans verzweifeln. Aber da drüben geht die Sonne auf! So wandert er denn, wenn die Nacht sich senkt, und er versteckt sich, wenn der Tag graut.

Wochenlang hat er das getan, bald muß er am Ziel sein. Er macht sich klar: dort liegt Brest-Litovsk, weiter südlich Pinsk, etwas nördlich Winst. Nur durch die Sümpfe kanns gelingen!

Er hört den ersten Kanonendonner, der mit jeder Stunde deutlicher wird, und wenige Tage später das Infanteriefeuer, in das sich von Zeit zu Zeit das hämmernde Tac, Tac, Tac, Tac der Maschinengewehre mischt.

Mit noch größerer Vorsicht schleicht er weiter. Da — eine Leuchtkugel! Noch eine! Er kennt sie ganz genau. Die mit den funkelnden Sternen sind russische, die andern deutsche. Seine kommen in schönen Bogen herüber, diese gleiten zischend hinüber. Wunderbares Schauspiel in der Nacht!

Wie eine Rahe schleicht er bis zum Waldrand. Hier muß er einen Tag verbleiben, um die zum Gelingen seiner Flucht nötigen Beobachtungen zu machen. Ganz nahe ist jetzt das Gewehrfeuer, und bisweilen bellt ein Minenwerfer seinen ehernen Gruß in die Nacht. Das Herz klopft ihm in die Kehle hinaus. Ob es gelingen wird!?

Da drüben geht die Sonne auf. Ein dunkelroter Glutball steigt herauf. „Morgenrot, Morgenrot, leucht mir zum frühen Tod?“

Aus dem grauen Schatten der stehenden Nacht hebt sich vor ihm im Gelände eine leichte, bald von Sonnengold überstutete Erbwelle mit allerhand Rauwerk. Das ist die deutsche Linie. Und drüben, am andern Waldsaum, eine zweite Erbwelle. Dort beginnt Rußland. Zwischen beiden Wellen liegt ein schmaler Streifen neutralen Landes: das Reich des Todes. Darüber hinweg muß er in der kommenden Nacht.

Es war eine pechschwarze Nacht, zur Flucht wie geschaffen. Auf Händen und Füßen kriecht er an die deutsche Stellung heran. Er hält den Atem an, späht nach allen Richtungen, lauscht den Gesprächen der Grabenposten und beobachtet ihre Bewegungen.

Stundenlang liegt er regungslos da. Alles ist ihm klar. Er muß dort in den kleinen Laufgraben, dann um die Ecke des Unterstandes, über den schmalen Steg und — schnell wie ein Witz durch den Graben. Dann das Drahtverhau überwinden, vielleicht am Erdboden drunterdurch kriechen, die Geländefalten des furchtbar neutralen Bodens durchschleichen, und drüben wölft er wohl rufen: „Hallo, Kameraden, ein Flüchtling, ich bin gerettet.“

Jetzt ein günstiger Augenblick — da huscht durch den Graben gespensterhaft eine dunkle Gestalt.

„Was war das,“ fragen sich die Posten. „Ist hier was gelaufen?“



# Aufgaben der Wirtschaftspolitik

Referent Genosse Heinrich Cunow

Wir geben hiermit das zweite Referat zum Würtzburger Parteitag:

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat im Weltkriege eine vollständige Umwälzung erfahren. Die Zufuhr einer Reihe der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel hörte schon bald nach Kriegsausbruch auf, während zugleich die Ausfuhr deutscher Fabrikate nach dem Auslande eine starke Einschränkung erlitt. Diese Unterbrechung der Handelsverbindungen traf Deutschland um so schwerer, als es sich in den vier Jahrzehnten seit dem deutsch-französischen Kriege zu einem der ersten Industrieländer der Welt entwickelt hatte und in dem Jahrzehnt vor dem Kriege durchschnittlich jährlich für 4627 Millionen Mark reine Rohstoffe, ohne Halbfabrikate, und für 2902 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel, ohne lebendes Vieh, aus dem Auslande bezogen hatte, dem eine Ausfuhr von ungefähr 5400 Millionen Mark fertiger Waren gegenüberstand. Zudem wurde der Produktion der verschiedenen Gewerbezweige und der Landwirtschaft plötzlich ein großer Teil der Arbeitskräfte entzogen und ferner der Warenbestand mittels der Inanspruchnahme der Eisenbahnen und sonstigen Transportmittel durch die Heeresverwaltung immer wieder gestört.

Die nächste Folge des Krieges konnte unter diesen Umständen nur eine schwere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens sein; doch gelang es der Industrie, sich nach dem neuen Produktions- und Absatzbedingungen anzupassen, indem sie sich auf den veränderten Bedarf des Inlandsmarktes und die rasch steigenden Anforderungen der Heeresverwaltung einrichtete und die knapp werdenden Roh- und Halbfabrikate, soweit möglich, durch Erschließung ergab; eine Anpassung, die vielfach die völlige Umänderung der Betriebs- und Arbeitsweise sowie der technischen Einrichtungen erforderte. Zugleich sah die Staatsverwaltung, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, sich genötigt, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen und Einschnitten beim sozialistischen Organisationsprinzip zu machen: den Lebensmittel- und Rohstoffverbrauch zu rationieren sowie Reglementierungen der Warenerzeugung und des Warenhandels vorzunehmen.

Die heutige Wirtschaft ist demnach eine auf den Kriegsbedarf eingestellte anormale Wirtschaft: eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß nach dem Kriege eine erneute Umgestaltung nötig ist: Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft. Diese Wiederrichtung kann nicht der privaten Initiative überlassen bleiben; denn Vertrieb und Regulator der Privatwirtschaft ist der Staat, nicht der Käufer der Gesamtwirtschaft und der großen Volksmasse. Gerade im Interesse der schwächeren und ärmeren Volksschichten liegt es, daß dem Uebergang zur Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Uebergang planmäßig ohne tieferen Erschütterung des ganzen Erwerbslebens erfolgt.

## Uebergangswirtschaft

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Kriegswirtschaft ist vielleicht das wichtigste, die genügende Beschaffung von Rohstoffen, denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffvorrat Deutschlands sehr unzureichend geworden. Ohne Rohstoffe kann aber die deutsche Industrie ihren früheren Betrieb nicht wieder aufnehmen und weder den Inlandsmarkt versorgen, noch die während des Krieges verlorengegangenen Absatzmärkte wiedergewinnen. Die Veranschaulichung der Rohstofffrage ist jedoch um so schwieriger, als sich auf dem ausländischen Rohstoffmarkt während der Kriegsjahre mannigfache Veränderungen vollzogen haben. Es haben sich keineswegs, wie oft angenommen wird, auf den großen Stapelplätzen bedeutende Rohstoffmengen angehäuft, und soweit solche Vorräte vorhanden sind, befinden sie sich meist in Feindeshänden. Vornehmlich hat England einen großen Teil der wichtigsten Rohstoffvorräte in seinen Kolonien aufgekauft und aufstapeln lassen. Demnach ist nach Friedensschluß mit einer großen Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, mit Preistreibern und Spekulationen sogenannter Händlerlinge zu rechnen, denen nur durch organisierten Einkauf begegnet werden kann.

Ähnlich steht es mit der Lebensmitteleinfuhr nach dem Kriege. Auch im neutralen Zustande hat der Weltkrieg die Preise vieler Lebensmittel stark in die Höhe getrieben: eine Massenausfuhr aus den neutralen Staaten würde daher, falls sie nicht von den betreffenden Regierungen verboten würde, weitere Preissteigerungen und somit Deutschland in Betracht kommt, eine weitere Entwertung der Währung, als eine noch größere Verminderung der Kaufkraft unseres Geldes, nach sich ziehen.

Zugleich gilt es, den jetzigen Zustand der deutschen Valuta durch Förderung der Ausfuhr solcher Artikel, die auf den Auslandsmärkten nach dem Kriege sehr begehrt sein werden und die Deutschland im Ueberfluß zu erzeugen vermag, möglichst bald zu beseitigen. Finanztechnische Maßnahmen allein genügen nicht. Zwar wird sich, sobald Deutschland nach dem Kriege wieder auf breiterer Basis mit dem Auslande in Handelsbeziehungen treten kann und kein Wechselkurs nicht mehr sich an einigen nebensächlichen Dingen, sondern wieder an den Weltbewerten gemessen wird, von selbst eine allmähliche Gesundung einstellen; aber ihr kann und muß durch eine gezielte Regulierung der Zahlungsbilanz nachgeholfen werden.

Eine der ersten Vorbedingungen für solche Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftskörpers ist die ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsmarine. Die starke Nachfrage nach Waren aller Art, die nach dem Kriege einlegen wird, erfordert auch einen größeren Schiffsraum. Verloren ist aber nach dem Kriege die Seehandelsflotte viel weniger leistungsfähiger sein, als vorher. Besonders gilt das von der deutschen Handelsmarine, die im Kriege über zwei Millionen Tonnagen verloren hat, während über 1 Million Tonnagen in fremden Häfen unter Schutz gefunden haben, die meist erst nach gründlichen Reparaturen wieder in die Fahrt eingestuft werden können.

Im Arbeitskräfte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es, sobald die zur Fülle Einberufenen wieder in die Heimat zurückkehren, nicht fehlen. Wenn aber in der Industrie erst wieder den so anderen Produktionsbedingungen anpassen muß, und es vorerst noch an Rohstoffen fehlen wird, eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes, Lohnrückgang und in manchen sehr drückenden Lohn- und Arbeitsbedingungen eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten — ein Zustand, der um so mehr für die Arbeiter gefährlich sein würde, als voraussichtlich ebenfalls die Löhne schneller fallen werden, als die Preise mancher notwendigen Lebensmittel. Daher muß auch die Unterbringung der Arbeiter in passenden Arbeitsstätten planmäßig durchgeführt werden.

Aus dieser Zusammenfassung einer allmählichen, organisierten Wiederrichtung der jetzigen Kriegswirtschaft in die zukünftige Friedenswirtschaft ergeben sich für die sozialdemokratische Arbeiterpartei folgende in meinem Vortrage näher erläuterte und begründete Forderungen:

### Forderungen:

1. Planmäßiger Einkauf, Einfuhr und Verteilung der fremden Rohstoffe durch beschleunigte Rohstoffeinfuhr und Vertriebsgesellschaften unter staatlicher Aufsicht. Festsetzung von Einkaufspreisen und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff verarbeitenden Fabriken.
2. Esente muß die Einfuhr der Rohstoffe, der Futtermittel und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht lebenden landwirtschaftlichen Einfuhr- und Vertriebsgesellschaften übertragen werden. Die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel muß möglichst unter Beteiligung von Fachkreisen getroffen werden. Die Einfuhr von Lebensmitteln und sonstigen Waren aus dem Ausland sowie von industriellen Erzeugnissen ist zu beschränken.

3. Zur Hebung der deutschen Valuta ist nach dem Kriege die Ausfuhr von deutschen Fabrikaten möglichst zu steigern. Außerdem müssen die deutschen Güter in den Auslande käuflich gemacht, in deutschen Händen befindliche fremde Wertpapiere nach dem Auslande abgekauft und, soweit das zu einträglichen guten Bedingungen möglich sein sollte, kurzfristige Anleihen an den fremden Hauptbankplätzen aufgenommen werden.

4. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte sind unter bestimmten Bedingungen, die den Staat eine Mitverantwortung über Schiffsraum, Ladung und Fahrtrichtung sichern und dem wirtschaftlichen Volksinteresse genügende Garantien bieten, den Reedereien aus Reichsmitteln Entschädigungen zu zahlen und Schiffsbaudarlehen vorzusehen.

Um besten wäre die Vereinigung aller großen Schiffsverkehrsunternehmen zu einem unter Staatsaufsicht stehenden Syndikat, da die Regierung in diesem Fall nicht nur übertriebenen Frachtforderungen hemmend entgegenzutreten, sondern auch eine gewisse Gewinnbeteiligung des Staates durchzuführen vermöchte.

5. Die zur Fülle einberufenen Arbeiter und Angestellten dürfen nach Friedensschluß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage des Industrie- und Arbeitsmarktes entlassen werden. Durch örtliche und provinzielle, unter Leitung staatlicher Arbeitszentralen stehende Wirtschaftsjäger oder Arbeitsämter, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmer als der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, ist festzustellen, welche und wieviel Arbeitskräfte in den einzelnen industriellen Bezirken gebraucht werden. Die Arbeiter haben auch die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sich mit den Militärbehörden über die Entlassenen zu verständigen. Die Arbeiter, die in Privatbetrieben kein Unterkommen finden, sind vorläufig mit ihrem Arbeitsvermögen angemessenen Staats- und Gemeindeforderungen zu beschäftigen.

6. Die deutsche Arbeiterpartei fordert, sowohl im Beirat des Reichskommisariats für Uebergangswirtschaft, als auch in den staatlichen Leitungs- und Aufsichtszentralen eine entsprechende Vertretung, und zwar nicht nur insoweit, als reine Arbeiterfragen in Betracht kommen, sondern als die ganze organisatorische Wiederrichtung des Wirtschaftskörpers angeht.

Ferner darf die Durchführung der Uebergangswirtschaft nach dem Aufhören der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Kriegsgesamtmacht nicht dem Bundesrat und der Militärverwaltung überlassen bleiben; es müssen vielmehr für sie gesetzliche Unterlagen geschaffen, d. h. gesetzlich bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese Verhaltensvorschriften festgelegt werden.

## Monopol, Handels- und Zollfragen.

Es ist auch die planmäßige Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zunächst das dringendste Problem unserer Wirtschaftspolitik. Es ergeben sich doch schon für die nächste Zeit aus der veränderten Wirtschaftslage noch verschiedene andere schwierige Aufgaben; denn während einerseits viele Industriezweige während des Krieges eine bedeutende technische Umwälzung erfahren und eine Schulung in der modernen Massenfabrikation durchgemacht haben, haben andererseits die Konzentrations- und Kartellierungsbestrebungen neue Anstöße erhalten. Und mächtiger noch als in der Industrie wird sich voraussichtlich die Konzentrations- und Mono-

# Fürsorge für unsere Krieger

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages

## Erhöhung der Soldatenlöhne

Der Haushaltsauschuß des Reichstages nahm am Sonntagabend einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag an, der den Reichskanzler ersucht, eine anderweitige Festsetzung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere herbeizuführen, und zwar nach folgenden Richtlinien:

- a) Unteroffiziere erhalten nach einer als Unteroffiziere geleisteten Kriegsdienstzeit von achtzehn Monaten eine Erhöhung der Löhnung um 20 vom Hundert.
- b) Gefreite und Gemeine nach einer Kriegsdienstzeit von einem Jahre 20 vom Hundert, nach einer Kriegsdienstzeit von zwei Jahren 40 vom Hundert und nach einer Kriegsdienstzeit von drei Jahren 50 vom Hundert Erhöhung der für sie zustehenden Löhnung.
- c) Besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden. Ebenso besteht der Wunsch, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Unteroffizieren, die das den Mannschaften zustehende Taschengeld noch nicht erhalten haben, dieses nachträglich gezahlt wird.

Wenn die Regierung dem Beschluß des Reichstages beistimmt, dann würde der Soldat im Felde

nach 1 Dienstjahr	64 Pf. pro Tag
2 Dienstjahren	75
3	80
Die Angehörigen immobilier Truppenteile	
nach 1 Dienstjahr	40 Pf. pro Tag
2 Dienstjahren	46
3	50

Die Haltung der Regierung dazu soll in wenigen Tagen mitgeteilt werden. Der Sold der Gefreiten und Unteroffiziere soll in gleichem Grade erhöht werden.

## Bei der Befoldungsdebatten

wendet sich Abg. Stücken (Sozialdemokrat) scharf gegen die Regierung, die offenbar die Soldaten als Objekt für am falschen Ort angewandene Sparmaßnahmen betrachtet. Diese Knauerigkeit sei unerbötig gegenüber den gewaltigen Leistungen, die von den Soldaten geleistet werden. Man habe einfach kein Verständnis dafür, daß ein frisch beförderter junger Leutnant im Monat 250 resp. 310 Mark bekomme, während man den kriegserprobten Soldaten mit 53 Pf. pro Tag während im großen Jünger besoldete Soldaten dann 21 Pf. Bekände im Kontinentalen und forderte ein Verbot, die Ueberläufer der Kontinen ohne Wissen und Willen der Mannschaften, in Kriegsangelegenheiten anzulernen oder die Kosten von Sportfesten aus diesen Ueberläufern zu bestreiten.

Abg. Erzberger (Ztr.) forderte, daß die Löhnungserhöhung vom 1. November spätestens durchgeführt sein müsse, sonst müsse man dazu greifen, die Gehälter der Offiziere zu beschränken. Die Kammer würde man um bösen gemessenheitlich betreiben und keine Rederstücke machen.

General v. Owen erklärte, daß das Kriegsministerium nichts gegen eine Erhöhung der Befoldung einzuwenden habe. Bei der Befoldung für die Kriegszeit sei jeder Zwang verboten worden. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen, hoffentlich tritt ihm die Regierung bei.

polsterungstendenz im deutschen Bankgewerbe erweisen, sobald der Krieg das Deutsche Reich wie die Einzelstaaten und Gemeinden sich zur Ausnahme größerer Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportgewerbe zum Zweck des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Ansprüche an das Bankgewerbe stellen.

Zudem erfährt der Außenhandel eine starke Umgestaltung. Durch den Weltkrieg hat Deutschland eine ganze Reihe seiner fremden Absatzmärkte verloren. Sie zurückzugewinnen, wird nicht sehr schwer halten, da inzwischen die ausländische Konkurrenz dort festgesetzt hat. Ueberdies kann es heute bereits als ziemlich sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Weltkrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, sondern leicht auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, mögen auch in die Friedensvereinbarungen alle schönsten Handelszusicherungen Aufnahme finden. In England die seit Jahrzehnten geplante „Imperial Federation“, die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen selbständigen Kolonien einer Art Reichswirtschafts- und Zollverband im Werden begriffen und wird höchstwahrscheinlich bald nach Friedensschluß zustande kommen.

Aus dieser Wirtschaftsumwälzung ergeben sich verschiedene weitere

## Forderungen

für die deutsche Sozialdemokratie, von denen hier als die wichtigsten zu nennen sind:

1. Ueberführung der privaten Industriemonopole in Staatsmonopole, vornehmlich des gesamten Bergbaues, der Roheisen- und Stahlproduktion sowie der Rüstungsindustrie.
2. Erweiterung der Staatsaufsicht über die Banken, die Bank- und Sparkassensystem. Weiterer Ausbau der Reichsbank und Vermehrung ihres Einflusses auf das private Bankgewerbe.
3. Abschließung von Handels- und Zollverträgen mit Deutschland, Bulgarien und der Türkei, in denen die vier Verbündeten sich gegenseitig besondere Handels- und Zollvorteile zusichern.
4. Abschluß günstiger Handelsverträge mit Rußland und Rumänien beim Friedensschluß, die diesen beiden Mächten die mitteleuropäischen Wirtschaftskomplexe angegliedern.
5. Als Vorbedingung für die Herstellung solcher Handelsbeziehungen eine Veränderung der bisherigen deutschen Zollpolitik, welche die Abperrung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelpreise beseitigt, zumal anzunehmen der Preisstand der Bodenenergie sich noch Jahre hindurch auf einer außergewöhnlich hohen Höhe halten wird.

An Aufgaben, Arbeit und Kampf wird es demnach in der kommenden neuen Wirtschaftsära nicht fehlen. Aber ohne Kampf ist Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie muß heraus aus ihr, nur zu oft fast rein negativen Beharrung, ihrem Hängen an ihr, durch die Entwicklung überholten Illusionen und Formen, heraus zu realpolitischer Mitarbeit am Wiederaufbau des zerstörten, auf besseren wirtschaftlichen Grundlagen und in besseren Formen! Arbeit, die gefordert wird, ist Vorbereitungsarbeit für eine frohen gesicherte Zukunft.

(S. 263.)

## Die alten Leute und die Familienväter

Der Hauptauschuß des Reichstages nahm am Sonntagabend folgende Entschlüsse an, die von den Sozialdemokraten beantragt waren:

1. Mit Beschleunigung rüchtigt die Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst herbeizuführen.
2. Maßnahmen zu ergreifen, daß dort wo Vater und Söhne an der Front stehen, der Vater auf Verlangen aus der Feuerlinie zurückgezogen wird.
3. Mannschaften und Unteroffiziere während der Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabschnitten Urlaub zu gewähren.

In der Besprechung erklärte Oberst von Wriesberg die Entlassung der beiden ältesten Jahrgänge als unmöglich wegen des Mannschafbedarfs für die großen besetzten Gebiete.

Abg. Stücken (Sozialdemokrat) begründet den Antrag auf beschleunigte Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst. Die Verlängerung der Wehrpflicht hätte statt durch einfach Zurückhaltung der Mannschaften, durch Befehl eingeführt werden müssen. In Bayern sind diese beiden Jahrgänge bereits entlassen. Wenn Väter und Söhne gleichzeitig im Felde stehen, so sollte man die Väter heim schicken. Für Kriegszeit müsse ein Recht auf Urlaub geschaffen werden. Der strenge Arrest ist zu beseitigen.

Oberst von Wriesberg: Einem Recht auf Urlaub stünde die militärische Lage im Wege. Es bestעה, wie allgemein anerkannt wird, nur die besten Abteilungen, in Einzelfällen nur auf Besondere Absicht geschaffen. Ein idealer Zustand ist in einem Millionenheer unmöglich. Die älteren Leute würden durchweg hinter der Front beschäftigt. (Da ist der Herr Minister sehr im Irrtum!)

Abg. Stücken (Sozialdemokrat). Disziplinar- und andere Strafen dürfen keinen Grund zur Urlaubsverweigerung geben. Kriegsminister v. Stein: Die Armees- und nicht der Kompagnieführer bestimmen, wieviel Urlaub erteilt werden soll. Die Durchführung der Urlaubsbestimmungen begegnet ungeheuren Schwierigkeiten bei dem steten Wechsel in den Führerstellen. Die tatsächliche Erfüllung ist ungeheuer schwer. Leider wird auf die alten Jahrgänge nicht verzichtet werden können.

Trotz dieser Einwände wurde der obige Beschluß des Ausschusses gefaßt, mit dem sich die Regierung jetzt wird beschäftigen müssen.

## Erhöhung der Kriegsunterstützung

vom 1. November ab

Der Haushaltsauschuß des Reichstages hat am Sonntagabend einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, nach dem die Wehrunterstützung erhöht werden soll

für Frauen von 20 auf 30 Mark
Kinder    10   15
Mütter    10   15
im Monat.

Eine Zustimmung der Regierung zu diesen Sähen liegt noch nicht vor, doch erklärte sich Unterstaatssekretär Ballmann mit Erhöhung der Unterstützung einverstanden. Nur die Sähen selbst sollen noch nachgeprüft werden, doch wird die Erhöhung zeitig genug vor Eintritt des Winters, spätestens am 1. November, eintreten.



### Regierung und preussisches Wahlrecht

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ behaupten zu wissen, die preussische Regierung als verfassungsmäßiges Mittel an den 11. Juli zu führen. Aus dem Umstand, daß die Wahl während des Krieges ausgeschlossen seien, dürfe nicht eine Auffassung hergeleitet werden, daß im Falle der Ablehnung des Wahlrechts mit einer Aufhebung des Abgeordnetenhauses zu rechnen sei. Sollte wider Verhoffen im Abgeordnetenhaus die Wahl auf Schiedsrichter fallen, so würde zweifellos dessen Entscheidung beschließen werden. Die Ausführung des Beschlusses müßte er in die Kriegszeit fällt, vielleicht bis zu einem Zeitpunkt aufgeschoben werden, zu welchem Neuwahlen anständig erscheinen. Aber der Beschluß selbst würde unmittelbar gefaßt und verkündet werden. Wir können diese Meldung nicht auf ihre Zuverlässigkeit hin prüfen. Nach unserer Anschauung ist es jedenfalls das Mindeste, daß die Ausführung des Beschlusses nicht in einer den wahren Verhältnissen der Regierung entsprechenden Form ausfällt. Denn es ist klar, daß ein so feierliches Verprechen wie das einer Wahlreform nicht schon mit der bloßen Einleitung einer Vorlage eingeleitet ist, sondern erst dann, wenn die Regierung auch das letzte Mittel angewandt hat, um es zu verwirklichen. (W. 258.)

### Neueinteilung der preussischen Wahlkreise

Berlin, 2. Oktober. (W. L.) Zu der Frage der Neueinteilung der preussischen Wahlkreise verläutet in parlamentarischen Kreisen, daß die durch die preussische Wahlreform bedingte Neuordnung sich auch dem Reichstagswahlrecht infolgedessen anpassen soll. hauptsächlich in Frage steht, das bisherige Zweizehnteilung für jeden Wahlkreis in Wegfall kommen zu lassen. Infolgedessen würde die bisherige Wahlkreiseinteilung eine wesentliche Änderung erfahren.

### Sozialdemokratische Interpellationen

Die von der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachten zwei Interpellationen haben folgenden Wortlaut:

1. Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß im Jahre von 1914 eine eifrige Agitation zugunsten allduischer Politik und gegen die Beschlüsse des Reichstages betrieben wird? — gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, um diesem Mißbrauch die nötige Einhalt zu tun?
2. Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß von Stellvertretern des Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, die:
  - a) die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts vollständig unterbunden und die Bezeichnung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Erörterung von Fragen des Vaterländischen Hilfsdienstes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten worden ist?
  - b) das Vereins- und Versammlungsrecht einseitig zugunsten allduischer Propaganda gehandhabt wird?
 Was gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, um diesen Mißbrauch zu verhindern?

### „Unabhängige“ gegen Parlamentarisierung

Der Verfassungs-Ausschuß des Reichstags hat kürzlich mit 15 gegen 12 Stimmen beschlossen, daß Parlamentarismus auch Minister sein dürfen, ohne ihr Mandat niederzulegen zu müssen. Für den Antrag stimmten: Sozialdemokraten, Fortschrittler, Sozialliberale und vom Zentrum Abg. Becker (Arnsberg), sowie Polen. Gegen den Antrag stimmten: Konservativ, Deutsche Nation, „Unabhängige“ und vom Zentrum die Abg. Herold, von Mühlstein, Beer und Hise.

Wieder stimmten also die „revolutionären“ „Unabhängigen“ den verfassungsmäßigsten Reaktionen. Nach dem Agrarier Kreth sind die „Unabhängigen“ Stadthagen ebenfalls die Ablehnung des parlamentarischen Fortschritts wie folgt:

Die Einführung des parlamentarischen Systems, das der Agrarier Kreth nicht will, führe nicht zum Ziel, denn die Bureaucratie werde durch den parlamentarischen Minister werden, dann würden die schlimmsten Bureaucraten, das hätten Miquel und Müller werden. Jetzt hätten die bürokratischen Minister keinen Einfluß auf die Fraktionen; das wäre aber der Fall bei den parlamentarischen Ministern, die dann in den Fesseln der Bureaucratie verfallen. Darin liegt eine erhebliche Gefahr. Solange der Belagerungsstand bestehe, könne keine Rede davon sein, einen freihändlerischen Ausbau des Reiches zu führen, gleichzeitig aber eine Zurückdrängung des Einflusses des Parlamentes bedeuten; deshalb sei seine Fraktion gegen den Antrag. Der Abg. Kreth habe mit seiner Charakterisierung der Mehrheit des Reichstags durchaus Recht gehabt.

Dieser im tiefsten Grunde starkreaktionären Weisheit antwortete der Landtagsabg. Landsberg:

Der Gegner des parlamentarischen Systems sei, müsse den Agrarier Kreth natürlich ablehnen. Deshalb sei die Stellungnahme des Landtags einfach unverständlich. Stadthagen müßte also auch gegen die Einführung des Wahlrechts in Preußen stimmen, wenn dann der Belagerungsstand noch bestehe. Auf diese Weise komme Stadthagen wieder in die Gesellschaft des Abg. Kreth. Redner polemisiert auf die Auffassung der Konservativen. Der Umstand, daß wir die Beamten haben, spricht nicht gegen das parlamentarische System. Nach Ansicht des Abg. Kreth sind die Beamten immer tüchtig, parlamentarischer stets unfähig. Es sei doch kaum anzunehmen, daß ein Beamter werde, weil er die Hoffnung habe, Reichsanwalt werden. Volk und Regierung müßten in ein anderes Verhältnis übergehen. Die Parlamentarisierung bedeutet nicht die Trennung der Linken, denn es ist sehr leicht denkbar, daß im Reichstag die Mehrheit der Rechten zustandekommt, die vermutlich auch bei den Reichstags-Unterstützung finden würde.

Trotzdem bliebe es wieder bei der schon üblich gewordenen Abstimmungsgemeinschaft Haase-Kreth! Und das alles im Namen der nationalen Klassenbewußtseins!

### Militärischer Sozialismus

In Notizen über die Frontfahrt der Reichstagsabgeordneten Friedrich Raumann in der „Hilfe“:

„Das Ideal des Sozialismus ist (an der Front) auf Grund der Disziplin weitgehend verwirklicht: gemeinsame Wirtschaft, Entlohnung unter Anspannung von Blick und Ehrgefühl, hat oft bestanden, daß eine sozialistische Wirtschaft genug innere Kräfte besitze, wenn der Eigennutz beseitigt sei; einen Beitrag dieser Frage bietet das Meer. Wir sehen Leute aller Art die See von Kausseien, Landwirten, Bauern, Inspektoren, Techniker, betreiben, ohne daß sie selbst im materiellen Sinn einen Gewinn davon haben. Der Kriegsgemeinschaft hier in der Heimat und dem Kriegskriegsereignisse, hier aber ist die Luft frei Eigenen, ein höchst wohlthuender Gesamteindruck.“

Das militärische Ideal ist gewiß nicht ein Ideal des Sozialismus, aber die Beobachtung, daß man auch ohne Eigennutz wirken kann, ist zweifellos richtig und wertvoll.

Deshalb liegt die Frage sehr nahe, weshalb das gleiche System auch auf das Innere übertragen werden ist? Dieser Kriegsgemeinschaft hätte alle moralischen Mahnungen gegen die Ausbeutung durch gewinnstüchtige Kriegswirtschaft überflüssig gemacht. Er würde manchen Ehrenmann, der der allzu freien Ausplünderung des Volkes nicht widerstehen konnte, dadurch vor der Strafe geschützt, daß ihm keine Gelegenheit zu seinem dümmsten Treiben blieb. Sollte die Freiheit des Handels wirklich nicht wert, daß ihrwegen das Volk dauernd den Wucher tragen soll, obwohl das Beispiel des handwerklichen, beweis, wie leicht er verhindert werden könnte.

### Die deutsche Vaterlandspartei

Eine energische Abschlüßung wird der Deutschen Vaterlandspartei durch den Vorstand der westpreussischen Zentrumspartei zuteil. In der langen Veröffentlichung wird zu der neuen Parteigründung gesprochen und schließlich erklärt:

„Das ehemalige Karol des Jahres 1887 — Konservativ und Nationaldemokratisch — wieder zusammengefunden, um scharf gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, zu der das Zentrum gehört. Man hat das Zentrum für diese neue Partei zu gewinnen. Wir leben uns genötigt, hierzu Stellung zu nehmen. Das Zentrum in Westpreußen hat stets seine deutsche und vaterländische Gesinnung in allen Jahrzehnten seines Bestehens bewiesen, und seine Parteifreunde gebrauchen keine neue Partei, um ihre vaterländische Gesinnung zu beweisen. Wir stehen auf dem Boden der Resolution des Reichsausschusses der Zentrumspartei, die nicht einen Hunger- und Verzweiflungsfrieden, wie unsere Gegner es nennen, aber einen Verständigungsfrieden anstrebt, der Deutschlands Ehre und wirtschaftliche Entwicklung sichert. Meinungsverschiedenheiten, die sich hierbei naturgemäß ergeben, werden in der Partei selbst zum Austrag kommen. Wir begrüßen die Friedensnote des Papstes, die von ähnlichen Gedanken einer Verständigung unter den Völkern getragen wird und die uns sicher dem Frieden einen Schritt näher bringt. Wir bitten deshalb unsere Parteifreunde, sich von dieser neuen Partei fernzuhalten, zumal auch innerpolitische Ursachen bei der Gründung dieser neuen Partei maßgebend waren. Wir gebrauchen keine Deutsche Vaterlandspartei, sondern wir wollen stets bleiben unentwegt bei dem treu vaterländischen Zentrum.“

### Annexionistische Verwandlungen

Die „Königsberger Volkszeitung“ schreibt dazu: Ein Aufruf der Deutschen Vaterlandspartei in Bremen weicht von der Königsberger Fassung in einem wesentlichen Punkte ab. Leber die inneren Fragen sagt der Bremer Aufruf:

„Mögen die inneren Fragen, wie die einen wünschen, bis zum Friedensschluß zurückgestellt werden, mag ihre Erörterung, wie die anderen wollen, trotz des Krieges weitergehend der gemeinsamen Kampf gegen den äußeren Feind, der gemeinsame Siegeswille darf von inneren Gegensätzen nicht berührt werden.“

Die „Freiheitliche Zeitung“ bemerkt dazu: „Das ist eine direkte Umkehrung des Sinnes der betreffenden Stelle in dem Königsberger Aufruf. Offenbar sind diese Änderungen erfolgt, weil man sich von dem Königsberger Aufruf in Bremen keinen Erfolg versprach. Man versucht es nun, mit einer Taktik der Verschleierung der wirklichen Ziele, die den Königsbergern vorzuziehen, für die Deutsche Vaterlandspartei Propaganda zu treiben! Aus demselben Grunde fehlt der Name Kapp unter dem Bremer Aufruf, während man sich doch um neue Unterschriften eifrig bemüht und sogar mit einigen Mitgliedern der wirtschaftsrechtlichen Arbeitervereine, der sogenannten „Gilden“, als Unterschriften prunkt.“

Die Danziger Liberalen machen übrigens noch keine Miene, um ihre Parteigenossen, die der „Deutschen Vaterlandspartei“ gegen die eigene Partei dienen, zurechtzuweisen. Die Tatsache, daß das Danziger Reichstagsmandat noch in Händen der Fortschrittler ist, während das Königsberger von ihnen gewünscht werden dürfte, kann damit doch kaum in Verbindung stehen.

Ein in Danzig und Westpreußen verbreiteter Aufruf der „Vaterlandspartei“ ist sogar als absolute Neuauflage von einem bekannteren Danziger Zentrumspolitiker, Detan Dr. theol. Michaeli, unterschrieben! Neben ihm zeichnet ein Vorstandsmitglied des Liberalen Vereins Danzig, Dr. Giesberg, der liberale Stadtverordnete Borschte, der liberale Museumsdirektor Dr. Becker und auch mehrere Schichtarbeiter.“

Oh die letzteren die Bedeutung des Aufrufs richtig erkannt haben als ihre Unterschrift darunter setzen, ist doch sehr zweifelhaft. Proletarische Interessen haben die guten Leute damit jedenfalls nicht vertreten.

### England

### Friedensdemonstrationen auf der demokratischen Konferenz

Petersburg, 2. Oktober. (W. L.) In der Abend-Sitzung der demokratischen Konferenz sprachen die Vertreter der russischen Arbeiter- und Soldatenräte, davon die Mehrzahl gegen die Mitarbeit der bürgerlichen Elemente. Im Verlauf der Sitzung versuchte eine Abordnung von 200 Arbeitern und Arbeiterinnen in Begleitung von Soldaten in den Saal einzudringen, indem sie erklärten, daß sie die Wortführer einer halben Million Petersburger Arbeiter seien, die sie gefaßt hätten, um gegen den Grundgeden der Koalition zu protestieren und den sofortigen Frieden zu verlangen, sowie die Abschaffung des Privateigentums und andere Wünsche, wie sie in der kürzlich magimalkistischen Entschlieung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates dargelegt seien. Nach langen Unterhandlungen wurden sechs Mitglieder der Abordnung zur Sitzung zugelassen, um ihre Wünsche vorzutragen.

### Gründung der roten Garde

Stockholm, 2. Oktober. Gleichsam als Antwort auf den Aufruf des Kriegsministers Werchowst an die Bevölkerung, sämtliche bei Zivilpersonen befindliche Waffen unter Strafandrohung abzuliefern, hat der Moskauer Sowjet beschlossen, dort eine rote Garde der Arbeiter zu errichten und mit Waffen zu versehen. In Kronstadt hat sich ebenfalls eine rote Garde organisiert. Sämtlichen Festungs- und Hafenarbeitern wurden Schusswaffen ausgehändigt. In Kiew zählt die rote Garde bereits 8000 Mann, die auch 20 Maschinengewehre besitzt. Odesa zählt gegen 5000 neugeschaffene mit Militär- und Maschinengewehren wohlausgerüstete rote Garbisten. In anderen Städten, wie Jarzyn, Koltow, Saratow und Sambow zielt sich diese rote Garde bereits als selbstherrschende Provinzregierung auf. Die ausgesandten Truppen weigerten sich, gegen die rote Garde vorzugehen, hatten, wie beispielsweise in Jarzyn, das Gefängnis stürmen und die darin von der Regierung in Haft gehaltenen Bolschewiki befreien. (W. 3.)

### Kornilow in der Peter-Paul-Festung

Genf, 2. Oktober. „Recht Journal“ meldet aus Petersburg: Kornilow ist in Petersburg eingetroffen und in die Peter-Paul-Festung gebracht. Mit Kornilow teilen 18 bisherige Frontgenerale kein Schicksal. Das Kriegsgesicht, das Kornilow und seine Mitgeschulden zu verurteilen hat, tritt Mitte Oktober zusammen. (W. 3.)

### Italien

### Strafentkämpfe

W. L. B. Zürich, 2. Oktober. Nach Meldungen von der italienischen Grenze wurde in Neapel und in ganz Campanien (das außer Neapel die Provinzen Avellino, Caserta, Salerno und Benevento umschließt) der Kriegszustand erklärt. In Turin brachen Freitag morgen Strafentkämpfe aus.

## Ministerwechsel in Schweden

### Ein gemischtes Ministerium?

Stockholm, 2. Oktober. Das Ministerium hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der König berief den Sozialistenführer Branting zu einer Unterredung. Branting legte dem König ein vollständiges Programm einer Neubildung des Kabinetts unter Hinzuziehung der Sozialisten vor. Das Programm enthält die unbedingte Aufrechterhaltung der Neutralität Schwedens.

Die Neuwahlen in Schweden sind zu Ende. Sie haben eine große Niederlage der Rechten und einen gewaltigen Aufschwung der sozialistischen Parteien ergeben.

Was die Niederlage der Rechten vor allem charakterisiert, ist der Abfall der Wähler. Ihre Stimmengzahl ist von 269 000 im Herbst 1914 auf 179 000 heruntergegangen. Von 86 Mandaten ist die Rechte auf 58 heruntergegangen, zu denen noch die 3 des Reichsverbandes der Landwirte zu zählen sind. Aber auch dann ist sie, was die Parteistärke im Parlament anlangt, vom zweiten auf den dritten Platz gerückt. Kam sie ehemals mit 86 Stimmen gleich hinter den 87 Sozialdemokraten, so steht sie jetzt mit 58 oder 61 Stimmen hinter den 67 der Liberalen.

Die Liberalen können zufrieden sein. Sie sind von 196 500 auf 202 000 Stimmen gestiegen, was freilich noch beträchtlich hinter ihrer Stimmengzahl von 1911 (243 000) zurückbleibt. Ihre Mandatziffer ist von 57 auf 62 gestiegen.

Die Statistik der Wählererte der Sozialdemokratie ist einigermaßen kompliziert. Die Partei hat sich gespalten und von den früheren 87 sozialdemokratischen Abgeordneten waren 15 der neuen Partei beigetreten. Jetzt sind 120 Sozialdemokraten ins Parlament eingezogen, 98 von der Brantingischen Mehrheit und 22 Linkssozialisten. Die Wähler selbst kamen erst in den jetzigen Wahlen dazu, im inneren Streit der Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Sie haben dies in einem der Brantingischen Mehrheits-Richtung entschieden günstigen Sinne getan.

Was die absoluten Ziffern anlangt, so sind sie folgende: Die Arbeiterpartei brachte 1914 266 000 Stimmen auf, diesmal 228 000. Die Linkssozialisten sammelten 59 000 Stimmen, zusammen sind es 287 000 Stimmen. Die beiden sozialistischen Gruppen repräsentieren also schon jetzt 40 Prozent der schwedischen Wählerschaft. Vorläufig allerdings ist der Krieg zwischen den beiden Richtungen mit großer Erbitterung geführt worden. Und darum hat man die Schlappe der „Linkssozialisten“ bei der Mehrheit mit großer Gemühtung begrüßt. Neben Höglund, dem Wortkämpfer des Radikalismus der „Jungen“, unterlag Bürgermeister Lindhagen. Die Partei ist im Parlament sozusagen hilflos geworden.

Wenn also der erste Offensivversuch der Linkssozialisten mißglückt ist — und im Interesse der späteren Wiedervereinigung ist das sicher nicht zu beklagen, so ist damit die Opposition

noch nicht als bedeutungslos erwiesen. Sechzigtausend Stimmen im ersten Anlauf — das ist nicht so wenig, wenn man bedenkt, daß der alte Parteiapparat fast durchgängig zugunsten der Partei-Rechten arbeitet und die Gewerkschaften einschließlich ihrer Verbindung mit dieser aufrechterhalten. Die Linkssozialisten haben ihren Anhang, abgesehen von einem Teil der Arbeiterjugend, besonders in ländlichen Gebieten, wo ideologische Momente eine große Rolle spielen. Die Arbeiterpartei aber hat die Masse der industriellen Arbeiterschaft hinter sich.

Das große politische Ergebnis dieser Wahlen ist also der Zusammenbruch der Rechten. Sie steht mit 179 000 Stimmen gegen 490 000 der Linken. Welches sind die Ursachen? Einerseits das Versagen der nationalpolitischen Demagogie, andererseits die Unzufriedenheit der Massen über die Wirtschaftspolitik der Regierung während des Krieges, aber auch das in Schweden ebenso wie in anderen Ländern merkliche Erstarken des demokratischen Bewußtseins. Man will die Reform des Wahlrechts für die Erste Kammer und man will vor allem eine parlamentarische Regierung.

Die auswärtige Politik hat im Wahlkampf auch eine Rolle gespielt, aber nach einem Briefe an den „Vorwärts“ nicht in dem Sinne, der ihm in der deutschen Presse vielfach zugeschrieben wurde. Das schwedische Volk ist friedlich und hat Branting nicht als dem Freund unserer Feinde, der er ist, und schon gar nicht als einen unvorsichtig in Kriegsgefahr hineinsteuern den Politiker, der er nicht ist, den Sieg verliehen. Es will neutral bleiben. Unleugbar haben die bekannten diplomatischen Affären der jüngsten Zeit die Stimmung gegen Deutschland nicht verbessert, aber das deutsche Volk und ein demokratisches Deutschland haben hier keine Antipathien. Und den Krieg — an der Seite welcher Partei immer — lehnt das schwedische Volk in seiner ungeheuren Masse ab.

### Das Dreiparteien-Ministerium.

W. L. B. Stockholm, 2. Oktober. Svenska Telegram: Der König rief die Führer der drei großen Reichstagsparteien zu sich und machte ihnen den Antrag, ein Ministerium von Vertretern sämtlicher bedeutender politischer Meinungsrichtungen zu bilden, das nach innen und außen die Einigkeit scharf markieren könne, mit der die bisherige Neutralitätspolitik vom schwedischen Volke getragen wurde. Der König appellierte an die vaterländische Gesinnung der Parteiführer, in der ersten Lage ihre persönlichen Auffassungen über Parteiaussichten einer glücklichen Lösung der vorliegenden Frage nicht im Wege stehen zu lassen, sondern an das Wohl des Vaterlandes zu denken. Er bat sie, seinen Vorschlag genauer zu erwägen, mit den Meinungsgegnossen seine Möglichkeiten zu prüfen und ihm dann das Ergebnis mitzuteilen.

### Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, W. m. b. H., Völkensberg 1. Br.

Sämtliche Schreibutensilien Notizbücher Briefpapier Feldpostkarten Kartendriefe empfiehlt billigt die Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.



Unsere Spezial-Abteilung für moderne  
**Herren- und Kinder-Kleidung**

Ist für Herbst und Winter mit allen Neuheiten reichhaltigst ausgestattet.  
 Besonders gute Verarbeitung, solide Stoffe und **äusserst mässige Preise**  
 sind die Vorzüge unserer **Herren- und Kinder-Kleidung**.

**Winter-Mäntel** für Herren und Knaben aus streng soliden Stoffen.

**Anzüge** für Herren und Jünglinge in neuen, modernen Stoffen und Formen.

**Joppen** für Jagd und Wirtschaftszwecke.

**Ulster** aus besseren schweren und halbschweren Stoffen in sorgfältigster Verarbeitung.

**Berufs-Kleidung** für jeden Handwerksbetrieb.

Für den Felddienst:

**Leder- u. Pelz-Unterkleidung**  
**Leder- und Wickelgamaschen**  
**Unterziehpelze / Pelzkragen**

# Walter & Fleck



Am 20. September 1917 fiel auf dem Schlachtfelde unser lieber Pflegesohn und Nefte, der

Grenadier

## Karl Weihmann

im Alter von 19 Jahren.

Georg Leu und Frau  
 Käthe geb. Weihmann  
 Arthur Leu  
 Marie Krohne  
 geb. Weihmann

249



**Touristen-Verein**  
**„Die Naturfreunde“**  
 Ortsgruppe Danzig.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht zu geben, dass unser lieber Wandrerfreund

## Karl Weihmann

das Opfer des grausigen Völkermordens geworden ist. In  
 Ehre seinem Andenken.

248

Die Ortsverwaltung.

## Bekanntmachung.

Nr. 460.9. 17. A. Z. S. 1.

Kat. Id. Nr. 71

Die Bekanntmachung vom 1. Juni 1917 Nr. 811 A. Z. S. 1 über:

**„Regelung der Arbeit in Web-, Woll- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebetrieben“**

wird hiermit für die von militärischen Stellen zur Vergebung langenden Heeresarbeiten jeder Art außer Kraft gesetzt.  
 Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,  
 den 2. Oktober 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
 Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Abt. E. Nr. 4624.

## Bekanntmachung betreffend Dampfplüge.

Auf Grund der §§ 4 und 9 h des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 sowie des Gesetzes betr. Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 wird für den Bereich des XVII. Armeekorps einschliesslich der Festungen folgendes bestimmt:

1. Dampfplügebereiter, die im Korpsbezirk ihren Wohn- oder Geschäftssitz haben, dürfen Dampfplugarbeiten außerhalb des Korpsbereichs nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Kriegswirtschaftsamtes übernehmen. Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist in den westpreussischen Kreisen des Korpsbezirks das Kriegswirtschaftsamtsamt Danzig, in den pommerischen Kreisen des Korpsbezirks das Kriegswirtschaftsamtsamt Stettin.

2. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot zu 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Haft erkannt werden.

3. Diese Bekanntmachung tritt am 6. Oktober in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,  
 den 26. September 1917.

257

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
 Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

## Bekanntmachung.

Nr. 460.9. 17. A. Z. S. 1.

Kat. Id. Nr. 413c

Vom 2. Oktober 1917 mit einer neuen Bekanntmachung über

**„Spinnerei für Baumwollspinnstoffe und Baumwollge-spinne“**

Bestimmung der Bekanntmachung über Spinnerei für Baumwollspinnstoffe und Baumwollge-spinne vom 21. 11. 1902. 15 KRA. vom 1. April 1916

in Kraft.  
 Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungsanwaltschaften und in Reichs- sowie Landes-Öffentlichen Anzeigeböden bekannt gemacht worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,  
 den 2. Oktober 1917.

254

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
 Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

# Walter & Fleck

empfehlen sehr vorteilhafte

## Damentonfektion!

Jugendliche Mäntel	38 <sup>50</sup>	43 <sup>00</sup>	55 <sup>00</sup>	78 <sup>00</sup>
einfach, mit weitem Rücken, grossem Kragen und Gürtel				
Frauenmäntel, schwarz	38 <sup>00</sup>	40 <sup>00</sup>	44 <sup>00</sup>	56 <sup>00</sup>
in glatten, gediegeneren und guten Stoffen				
Mantelkleider	114 <sup>00</sup>	135 <sup>00</sup>	150 <sup>00</sup>	180 <sup>00</sup>
in allen modernen Farben, mit und ohne Pelzverzierung				
Affranchmäntel	64 <sup>50</sup>	72 <sup>00</sup>	89 <sup>00</sup>	105 <sup>00</sup>
glatte, feste Form				
Jadentkleider	83 <sup>00</sup>	99 <sup>00</sup>	134 <sup>00</sup>	137 <sup>00</sup>
in blau, braun, grün, mit grossem Kragen u. Gürtel				
Kleider	53 <sup>00</sup>	63 <sup>00</sup>	81 <sup>00</sup>	90 <sup>00</sup>
in einfarbig, geschneidert und farbiertes Stoffen, in geübter Verarbeitung				

## Elegante Damentonfektion

in großer Auswahl!

251